



POLITIK IM VORFELD DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL BEZIEHUNGEN ZU RUSSLAND

■ GRUSSWORT		
	Grußwort von Prof. Dr. Klaus Mangold	2
■ ANALYSE		
	Die politische Lage vor der Präsidentschaftswahl. Von Nico Lange, Kiew	3
■ KOMMENTAR		
	Die Ukraine vor der Präsidentschaftswahl. Ernste Kandidaten für ernste Zeiten? Von Claudia Kamke und Kristin Wesemann, Odessa	7
■ DOKUMENTATION		
	Die Kandidaten zur Präsidentschaftswahl. Von Claudia Kamke und Kristin Wesemann, Odessa	10
■ UMFRAGE		
	Präsidentschaftswahlen	13
■ ANALYSE		
	»Gezwungen zur Bruderschaft«? Zum Stand der ukrainisch–russischen Beziehungen Von André Härtel, Jena	17
■ UMFRAGE		
	Die bilateralen Beziehungen aus Sicht der ukrainischen und russischen Bevölkerung	20
■ CHRONIK		
	Vom 23. Juni bis zum 8. September 2009	25
■ LESEHINWEIS		
	Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 7–8/2009 und OSTEUROPA 9/2009	26

*Die Ukraine-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Grußwort

Grußwort von Prof. Dr. Klaus Mangold zum Beginn des Engagements des Ost-Ausschusses für die Russland- und Ukraine-Analysen

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Unverzichtbares Informationsmedium

Wer politisch und wirtschaftlich weitreichende Entscheidungen zu treffen hat, ist auf fundierte Informationen angewiesen. Hierzu leisten die Russland- und die Ukraine-Analysen seit Jahren einen unverzichtbaren Beitrag, indem sie die wissenschaftliche Expertise von Universitäten und Forschungsreinrichtungen aus dem In- und Ausland aufbereiten und neben tagesaktuellen Ereignissen strukturelle Fragen in den Ländern thematisieren. Als uns zu Beginn des Jahres die Nachricht von den finanziellen Schwierigkeiten der Redaktion erreichte, hat der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft deshalb umgehend nach Wegen gesucht, diese im deutschsprachigen Raum herausragenden Informationsdienste zu erhalten.

Dank der Unterstützung unserer Mitgliedsunternehmen konnte ein Paket geschnürt werden, das den Länderanalysen eine längerfristige Perspektive bietet, die inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion sichert und das Serviceangebot durch Einrichtung einer Redakteursstelle sogar weiter verbessert. Der Ost-Ausschuss übernimmt mit Wirkung zum 1. September 2009 zunächst für drei Jahre die Finanzierung der Russland- und Ukraine-Analysen, zusätzlich zu den Zentralasien-Analysen, die der Ost-Ausschuss 2008 in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa der Uni Bremen initiierte und die bereits von Beginn an von Unternehmen im Ost-Ausschuss finanziert werden.

Über 6000 deutsche Unternehmen sind mit eigenen Niederlassungen oder Firmenbeteiligungen in Russland präsent. Die Zahl der deutschen Unternehmen in der Ukraine bewegt sich bei 1200. In Zentralasien sind etwa 800 deutsche Firmen ansässig. Wirtschaftliche Brücken entwickeln sich immer auch zu Wegen, über die sich die Politik und die Zivilgesellschaften zweier Länder näher kommen können. Umgekehrt schaffen Politik und gesellschaftliche Kontakte oft erst die Voraussetzung für geschäftliche Beziehungen. In diesem Umfeld bewegt sich der Ost-Ausschuss, der das Engagement deutscher Unternehmen in 22 Ländern Osteuropas flankiert, mit seinen Veranstaltungen Politik und Wirtschaft hochrangig vernetzt, den Modernisierungsprozess in Osteuropa durch Beratungsprogramme unterstützt und sich mit wirtschaftlichen Stipendienprogrammen und in der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch grenzüberschreitend für Nachwuchsförderung und Völkerverständigung engagiert.

Mit der Finanzierung der Russland- und Ukraine-Analysen setzen wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein klares Signal, dass Osteuropa ein entscheidender Zukunftsmarkt für die deutsche Wirtschaft bleibt und dass wir es uns nicht leisten können, Brücken dorthin abzubrechen. Wir wünschen der Redaktion eine weiter wachsende Leserschaft und den Lesern eine spannende Lektüre mit zahlreichen neuen Anregungen.

Prof. Dr. Klaus Mangold

Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Analyse

Die politische Lage vor der Präsidentschaftswahl

Von Nico Lange, Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew

Einleitung

Zu Beginn der neuen Sitzungsperiode nach der Sommerpause steht das ukrainische Parlament noch immer vor den gleichen Problemen wie schon vor Monaten. Während zuvor vor allem der verbissene Machtkonflikt zwischen Präsident Viktor Juschtschenko und Ministerpräsidentin Timoschenko die ukrainische Politik blockierte, verhindert nunmehr die verfrühte Orientierung aller Politiker auf die Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 eine konstruktive Arbeit. Zusätzlich zur angespannten Situation in Wirtschaft und Innenpolitik verschärfte der große Nachbar Russland im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen die außenpolitischen Auseinandersetzungen.

Neue Sitzungsperiode, alte Probleme

Der Beginn des neuen Sitzungszeitraums des Parlaments nach der Sommerpause war symptomatisch für die gesamte Legislaturperiode. Nach der Eröffnung der Plenarsitzung am 1. September 2009 bestand die Partei der Regionen auf einer Abstimmung über einige Gesetze zur Erhöhung von Sozialleistungen. Als klar wurde, dass die Gesetzesvorhaben nicht auf die Tagesordnung gelangen würden, blockierten die Abgeordneten dieser Fraktion die Rednertribüne und der parlamentarische Betrieb wurde schon nach anderthalb Minuten wieder eingestellt. Dieses Schauspiel hatten die Parlamentarier zuvor bereits wochenlang aufgeführt, als immer wieder vermeintlich eilige Sondersitzungen einberufen wurden, die nach wenigen Minuten in Uneinigkeit über die Tagesordnung mit Blockaden der Tribüne endeten. Insgesamt arbeitete in der laufenden Legislaturperiode seit Ende 2007 das ukrainische Parlament kaum zusammenhängend und systematisch.

Folglich bleiben viele der drängenden Probleme in der Ukraine unverändert bestehen. Der Staatshaushalt des Jahres 2009 war unter unrealistischen makroökonomischen Annahmen aufgestellt worden und wird durch die anhaltende Finanzkrise, den Ausfall von Steuer- und Zolleinnahmen sowie die politische Weigerung, notwendige Einsparungen vorzunehmen, weiter extrem belastet. Renten- und Gesundheitssystem sind dringend reformbedürftig, Unternehmer und ausländische Investoren leiden an der schikanösen und mangelhaften Gesetzgebung und selbst für den Umgang mit der akuten Krise absolut notwendige Gesetzesvorhaben werden häufig nicht behandelt.

Die ukrainische Regierung mobilisiert Monat für Monat alle Kräfte und wendet selbst unorthodoxe Methoden an, um den Staatshaushalt zu retten und zu Monatsbeginn jeweils die Gaslieferungen des russischen Konzerns Gazprom bezahlen zu können. Drastische

Kürzungen und verspätete Auszahlungen der Gehälter für Staatsbedienstete sind an der Tagesordnung. Im äußersten Notfall sah sich die Regierung Timoschenko bereits mehrfach zu Neuemissionen gezwungen. Das frisch gedruckte Geld wurde dabei direkt in Dollar umgetauscht, um die Gasrechnungen begleichen zu können. Inflationsrate und Wechselkurs der Landeswährung Hrywnja wurden damit noch zusätzlich belastet.

Die ukrainische Hrywnja erlitt zuletzt einen weiteren empfindlichen Abschwung. Der Wechselkurs zum Euro hatte vor zwei Jahren noch etwa 7 Hrywnja betragen, zu Jahresbeginn 2009 etwa 10 Hrywnja und steht nunmehr bei ungefähr 12,50 Hrywnja für einen Euro.

Trotz der prekären Lage in der ukrainischen Wirtschaft und einem zu erwartenden weiteren Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 um etwa 10 % gelang in Ansätzen eine Stabilisierung. Der frühzeitig im Oktober 2008 beantragte Stabilisierungskredit des Internationalen Währungsfonds spielt dabei eine Schlüsselrolle. Die ukrainische Seite erfüllte die in diesem Zusammenhang aufgestellte Forderung einer Flexibilisierung des Wechselkurses und sorgte mit Sondersteuern auf Alkohol, Tabak und Diesel für eine Entlastung des Staatshaushalts.

Ein zentraler kritischer Punkt bleibt jedoch die Weitergabe der realen Importpreise für Erdgas an die Endverbraucher, zu der sich die Regierung Timoschenko zwar rhetorisch bekannte, diese aber nicht durchsetzt. Die weitere Auszahlung des Stabilisierungskredits wie auch eine mögliche finanzielle Hilfe vonseiten der Europäischen Union im Energiesektor hängen ganz maßgeblich von der Erfüllung dieses Kriteriums ab. Aufgrund der drohenden erneuten Erhöhung des Haushaltsdefizits und anhaltender politischer Blockaden drohte der Internationale Währungsfonds Ende August öffentlich mit einem Abbruch der Zusammenarbeit.

Langer Schatten der Präsidentschaftswahlen

Im Zeitraum von den vorgezogenen Neuwahlen des Parlaments im September 2007 bis zum Frühjahr 2009 lähmte vor allem der Konflikt zwischen Präsident Juschtschenko und Ministerpräsidentin Timoschenko die Politik des Landes. Juschtschenko ließ die Regierungskoalition zwischen den Parteien der beiden ehemaligen politischen Partner im Herbst 2008 auflösen. Trotz der späteren Neuauflage der Koalition verfügte die Regierung Timoschenko danach zu keinem Zeitpunkt mehr über eine echte Mehrheit im Parlament und ist seitdem nur noch eingeschränkt handlungsfähig. Seit Monaten muss Julia Timoschenko im Kabinett zudem bereits ohne Außenminister, Finanzminister, Transportminister und Verteidigungsminister auskommen, die jeweils von ihr selbst oder der Opposition aus dem Amt gedrängt worden waren.

Nachdem kurzzeitig der Block Timoschenko und die Partei der Regionen erfolglos über eine neue Regierungskoalition verhandelten, scheint nunmehr kein politischer Wille mehr zu bestehen, bis zu den Präsidentschaftswahlen am 17. Januar 2010 eine stabile Mehrheit zu formieren. Vor diesem Hintergrund lassen sich auch die seltsamen Sondersitzungen und Blockaden des Parlaments erklären. Das Parlament ist zu einer Schaukampf Bühne für den Präsidentschaftswahlkampf geworden, auf der die Parteien versuchen, mit kategorischen Forderungen nach Erhöhungen von Sozialleistungen beim Wähler zu punkten und die jeweilige Gegenseite öffentlich zu diskreditieren. In althergebrachter Manier dreht sich dabei alles um Besserstellung der Rentner, geringe Nebenkosten für Wohnungen, niedrige Energiepreise und die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. Eine tatsächliche Realisierung dieser Vorhaben scheint vor dem Hintergrund der beschriebenen Haushaltslage jedoch ausgeschlossen und stünde in diametralem Gegensatz zu den Kriterien für die weitere Auszahlung des noch immer überlebenswichtigen Kredits durch den Internationalen Währungsfonds.

Kein ukrainischer Politiker brachte in der Finanz- und Wirtschaftskrise den Mut auf, den Bürgern die reale Situation des Landes offen darzustellen und eine mittelfristige Perspektive für neues Wachstum durch systematische Reformen anzustreben. Die Regierung hält die amtlichen Statistiken zu wesentlichen makroökonomischen Indikatoren sogar seit Monaten unter Verschluss. Politiker aller Parteien verschleiern bewusst die reale Situation in Wirtschaft, Bankensystem und Staatshaushalt. Offenbar traut die politische Klasse der Ukraine den Bürgern eine Einsicht in die Notwendigkeit von Ausgabenkürzungen und Reformen nicht zu.

Insbesondere Ministerpräsidentin Timoschenko muss sich das in der laufenden Amtszeit als großes Versäumnis ankreiden lassen. Sie wird damit zum Opfer ihrer eigenen populistischen Wahlversprechen, ihres kurzfristigen und rein taktischen Politikstils sowie der Unfähigkeit der parlamentarischen Fraktionen, sich auf eine arbeitsfähige Mehrheitskoalition zu einigen.

Selbstinszenierung statt politischer Aussagen

Die Sachthemen für die ukrainische Politik liegen seit langer Zeit auf der Hand. Von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Landes sind Reformen im Energiesektor, die Modernisierung der defizitären Renten- und Gesundheitssysteme, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und ausländische Direktinvestitionen sowie die Bekämpfung der überbordenden Korruption. Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Europäische Union lenken die Aufmerksamkeit der ukrainischen Politik immer wieder auf diese Themen. Die ukrainischen Politiker bleiben dennoch in der Logik rein taktischer Manöver im Machtkampf gefangen und fokussieren sich allein auf die beginnende Kampagne zu den Präsidentschaftswahlen.

Ministerpräsidentin Julia Timoschenko inszeniert sich dabei selbst seit geraumer Zeit als alleinkämpfende Heroin, die durch den Präsidenten und die Opposition an der Durchsetzung ihrer Politik gehindert wird. In aktionistischer Manier ordnet sie öffentlich Urlaubsverzicht für die Kabinettsmitglieder an und arbeitet häufig demonstrativ bis spät in die Nacht und bis zur physischen Erschöpfung, ohne dabei jedoch signifikante politische Fortschritte zu erreichen. Zuletzt ließ Timoschenko die Hauptstadt sogar mit riesigen Bannern mit dem Text »Die Anderen reden – Sie arbeitet« plakattieren. Es bleibt abzuwarten, ob es Timoschenko mit dieser Kampagne gelingen wird, die aktuell geringen Zustimmungswerte von etwa 14 % wieder zu steigern.

Ihr einstiger Mitstreiter und jetziger Widersacher Präsident Juschtschenko tritt in den vergangenen Wochen dagegen vor allem als staatsmännischer Visionär auf. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass Juschtschenko gerade jetzt seine vorher vielfach unglücklichen öffentlichen Auftritte besser gelingen. Vor dem Hintergrund der extrem niedrigen Zustimmungsrate von 3 % und minimalen Chancen einer Wiederwahl scheint Juschtschenko befreit vom politischen Kleinkrieg wieder auf der Grundlage seiner festen Überzeugungen und Wertgrundlagen zu sprechen. Mit seinen Vorstellungen zur Identität der Ukraine, der Veranke-

rung des Landes im Westen sowie der langfristigen Festigung von Demokratie und liberalem Wirtschaftssystem entwickelt Juschtschenko als einziger der Präsidentschaftskandidaten eine Programmatik im Rahmen der verfassungsmäßigen Kompetenzen des Präsidentenamtes. Die anderen Bewerber bewegen sich mit sozialpolitischen Aussagen und vagen wirtschaftspolitischen Leitsprüchen mit ihren Kampagnen vor allem im Kompetenzfeld der Regierung und könnten ihre Versprechen als Präsident im Rahmen der bestehenden Verfassungsordnung daher unmöglich einlösen.

Der Vorsitzende der Partei der Regionen und Oppositionsführer Viktor Janukowitsch wirkte im Vorwahlkampf bisher blass und unauffällig. Die von ihm zu Jahresbeginn vollmundig angedrohten Proteste und landesweiten Massenerhebungen blieben vollständig aus. Scheinbar hat das Lavieren Janukowitschs um eine mögliche Koalition mit Timoschenko ihm bei den Stammwählern seiner Partei im Osten des Landes geschadet. Möglicherweise kann Janukowitsch sich dennoch weiterhin mit einer passiven Rolle begnügen, da er von der Schwäche der anderen Kandidaten profitiert und mit Zustimmungsraten von 22 % derzeit in der Wählergunst vorne liegt.

Die arrivierten Kandidaten Timoschenko, Juschtschenko und Janukowitsch sehen sich bei den Präsidentschaftswahlen derzeit vor allem den jüngeren Herausforderern Arsenij Jazenjuk und Serhij Tihipko gegenüber. Der ehemalige Parlamentspräsident und Ex-Außenminister Jazenjuk gibt sich dabei als jugendlicher Retter des Landes mit Plakaten und Werbeständen im martialischen Flecktarn-Design. Mit seiner offenbar auf Jugendliche und Erstwähler zielenden Kampagne versucht er, von den stetig sinkenden Zustimmungswerten der anderen Kandidaten zu profitieren. Bisher lieferte er zu nebulösen Leitsprüchen wie »Das Land retten« oder »Die Ukraine neu industrialisieren« jedoch kaum inhaltliche Substanz. Jazenjuks schneller Beliebtheitsprung auf etwa 11 % könnte sich in den Monaten bis zum Wahltag als Strohfeuer erweisen.

Der Ex-Bankier Serhij Tihipko konzentriert sich mit seiner intensiven Vorwahlkampagne vor allem auf Fragen der Wirtschaftspolitik, des Außenhandels und der Korruptionsbekämpfung. Tihipko beschwört »Pragmatismus«, ohne dieses Schlagwort bisher inhaltlich füllen zu können. Die Vermutung liegt nahe, dass der ehemalige Nationalbankchef es nicht wirklich auf das Präsidentenamt abgesehen hat, sondern sich mit einer Selbstpräsentation als sachverständiger Wirtschafts- und Finanzpolitiker für ein Ministeramt oder gar als Regierungschef im Falle des Wahlsiegs eines anderen

Kandidaten positionieren will. Seine Zustimmung liegt derzeit bei knapp 3 %.

Einstellung auf die Dauerkrise

Vor dem geschilderten Hintergrund der politischen Dauerkrise ist es bemerkenswert, dass das gesellschaftliche und administrative Leben in der Ukraine dennoch funktioniert. Noch vor einiger Zeit durchdrangen die Machtkonflikte zwischen den führenden Protagonisten bis in die letzte Instanz alle sachlichen Entscheidungen. Mittlerweile etablierte sich jedoch unterhalb der Kiewer Spitzenpolitik, von der sich viele Mitarbeiter von Fachministerien sowie Bürger und Verwaltungsbeamte ermüdet zeigen, eine Arbeitsebene, die unter den widrigen Umständen den Betrieb aufrecht erhält und sich bemüht, die täglichen Fragen des realen Lebens anzupacken. Dies trifft beispielsweise auch auf das seit Monaten führungslose Außenministerium zu, das die Verhandlungen mit der Europäischen Union um politische Assoziierung und Freihandelsabkommen professionell weiterführt und damit eine solide Grundlage für den EU-Ukraine-Gipfel am 4. Dezember 2009 legt.

Die ukrainische Öffentlichkeit hat sich indes an öffentlichen Streit, lautstarken Pluralismus politischer Meinungen und teilweise heftige rhetorische Attacken gewöhnt. Trotz politischer Blockaden und erheblicher wirtschaftlicher und finanzieller Probleme herrschen in der Ukraine weiterhin ein gesellschaftliches Klima der Toleranz und politische Freiheit. Die ukrainischen Politiker streiten zwar mit allen Mitteln um die Macht, sind aber auch gezwungen, sich an den Interessen der Wähler zu orientieren und sich öffentlich zu rechtfertigen. Der Ausgang der aller Voraussicht nach freien und fairen Präsidentschaftswahlen zu Jahresbeginn 2010 ist völlig offen. Auch die vielfach befürchteten Forderungen der Bürger nach einer sogenannten »starken Hand« in der Politik blieben bisher aus.

Ukrainische Souveränität in Frage gestellt

Während der Sommermonate setzte Russland die Ukraine erneut stark unter Druck. Dabei nutzte vor allem der russische Konzern Gazprom den für die Ukraine unvorteilhaften Vertrag über Gaslieferungen als Instrument, um mit intensiver öffentlicher Diplomatie und Spekulationen über eine vermeintliche Zahlungsunfähigkeit die Ukraine im Westen zu diskreditieren. Die ukrainische Seite beglich bisher jedoch alle Rechnungen vertragsgemäß und lieferte formell keinen Anlass zu Sanktionen.

Der Moskauer Patriarch Kirill I. bezeichnete während eines langen Besuches in der Ukraine Anfang

August die durch die Russisch Orthodoxe Kirche nicht anerkannte Ukrainische Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats in einer Weise als »Irrgläubige und Abtrünnige«, die bei vielen Ukrainern den Eindruck erweckte, als wäre auch die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine ein religiöser Irrweg. Der Besuch Kirills I. wurde zudem von schrillen Kommentaren russischer Politiker aus der zweiten Reihe begleitet, die kaum einen Zweifel daran ließen, dass sie die staatliche Eigenständigkeit der Ukraine auch nach 18 Jahren nicht akzeptieren.

Zuletzt ging dann am Jahrestag des Kriegsbeginns zwischen Russland und Georgien ein trotz der seit Jahren angespannten Beziehungen ungewöhnlich schroffer öffentlicher Brief des russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew an seinen ukrainischen Amtskollegen Juschtschenko ein. Der russische Präsident begründete darin die Nichternennung eines Nachfolgers für den abberufenen russischen Botschafter in Kiew, Viktor Tschernomyrdin, mit weitreichenden Anschuldigungen gegen die Ukraine.

Der Brief Medwedews erweckt den Eindruck, dass Russland trotz der negativen Erfahrungen im Vorfeld der Orangen Revolution des Herbstes 2004 die ukrainischen Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr zu beeinflussen sucht. Der russische Präsident thematisiert die Fragen der NATO, der russischen Sprache und der orthodoxen Kirche weitgehend im Einklang mit den typischen Positionen der Partei der Regionen von Viktor Janukowitsch, der schon 2004 durch den damaligen russischen Präsidenten Wladimir Putin demonstrativ unterstützt worden war. Fünf Jahre danach sind diese Themen durch die abwartende Haltung der NATO selbst und die krisenhaften Entwicklungen in der Wirtschaft jedoch in der Prioritätenliste der Ukrainer deutlich nach unten gerutscht.

Die ukrainisch-russischen Beziehungen benötigen sehr dringend positive Impulse. Möglicherweise kann

das Treffen zwischen Julia Timoschenko und Wladimir Putin am 1. September 2009 in Gdansk als ein erster kleiner Schritt der Annäherung gesehen werden. Die beiden Regierungschefs entschärften einen wesentlichen Streitpunkt im Gasgeschäft. Die Ukraine muss statt fester Volumen ab sofort von Gazprom nur noch die Mengen an Gas abnehmen, die sie tatsächlich verbraucht. Das von Putin und Timoschenko stark forcierte Projekt des gemeinsamen Baus des Transportflugzeugs Antonow AN-70 könnte für Wirtschaft und Technologie beider Länder höchst bedeutsam werden und einen Grundstein für die Erneuerung praktischer Wirtschaftsbeziehungen legen.

Ausblick

Der Ausblick auf die kommenden Monate zeichnet für die Ukraine ein schwieriges Bild. Die Gaslieferungen und der Staatshaushalt werden Dauerthemen bleiben. Sollte die Ukraine nicht gewillt sein, die Kriterien für die Auszahlung der weiteren Kreditraten des Internationalen Währungsfonds einzuhalten, hätte das enorme negative Auswirkungen. Aufgrund der Nichterfüllung der Verpflichtungen durch die Ukraine zeigt sich auch die Europäische Union bisher kaum bereit, Kredite für den ukrainischen Energiesektor bereitzustellen. Eine erneute Eskalation des ukrainisch-russischen Gaskonflikts zum Jahreswechsel ist nicht auszuschließen.

Erschwerend kommt hinzu, dass im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen der Ton der politischen Auseinandersetzungen in Kiew sicher noch verschärft werden wird. Neben parlamentarischen Blockaden sind auch juristische Auseinandersetzungen über Änderungen zum Wahlgesetz und eine Verfassungsinitiative des Präsidenten zu erwarten.

Über den Autor:

Nico Lange ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Ukraine und leitet das Auslandsbüro der Stiftung in Kiew. Der vorliegende Beitrag ist ein leicht gekürzter Nachdruck seines Länderberichts, der auf der Internetseite des Auslandsbüros abgerufen werden kann: http://www.kas.de/wf/doc/kas_17435-544-1-30.pdf

Kommentar

Die Ukraine vor der Präsidentschaftswahl. Ernste Kandidaten für ernste Zeiten?

Von Claudia Kamke und Kristin Wesemann, Odessa

Einleitung

Die Ukraine wird, so jedenfalls ist es vorgesehen, am 17. Januar 2010 ein neues Staatsoberhaupt wählen. Sollte kein Kandidat die absolute Mehrheit erringen, kommt es in der Woche darauf zur Stichwahl. Den Termin hatte das Verfassungsgericht im Mai 2009 nach langem Tauziehen festgelegt und er wurde Ende Juni 2009 vom Parlament bestätigt. Zunächst hatte das Parlament für den 25. Oktober gestimmt und damit den Widerstand von Präsident Viktor Juschtschenko und den Urteilsspruch des Verfassungsgerichts provoziert, da die Verfassung den Wahltermin eindeutig auf das Ende der Amtszeit des Präsidenten festlegt. Dies war zwar bis 2004 der Oktober, aber durch die Proteste gegen Wahlfälschungen zugunsten von Viktor Janukowitsch und die folgende Orange Revolution begann die Amtszeit von Präsident Juschtschenko erst im Januar 2005. Zwar steht nun dessen Wunschtermin in den ukrainischen Kalendern, doch seine Chancen, den Wahlausgang zu beeinflussen, sind minimal.

Wahlkampf

Die Geschichte des Wahlkampfes beginnt eigentlich bereits im Frühjahr 2005. Damals haben die Leitfiguren der Orangen Koalition, Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und Präsident Viktor Juschtschenko, begonnen, ihre Konkurrenz um die Macht im Staate öffentlich auszutragen. Schon nach wenigen Monaten hatte das Staatsoberhaupt seine einstige Gefährtin der Orange Revolution und ihre Regierung entlassen. Er warf ihr und ihrer Mannschaft Korruption vor. Hernach war die Orange Koalition so schwach, dass Juschtschenko nach der Parlamentswahl 2006 seinen ewigen Widersacher Viktor Janukowitsch im August zum Regierungschef ernennen musste und ihn so als ernsthaften Politiker und potentiellen Gegenkandidaten für zukünftige Präsidentschaftswahlen rehabilitierte. Und tatsächlich: Würden die Bürger in diesen Tagen wählen, so hieße der neue Präsident vermutlich Janukowitsch, Chef der mächtigen Partei der Regionen, die ihre Hausmacht vor allem im Osten und im Süden hat.

Dabei hätte wohl kaum jemand geglaubt, dass sich Janukowitsch im Ansehen des Volkes je von der Peinlichkeit seiner Kandidatur als Staatsoberhaupt im Jahr 2004 erholen würde. Doch das politische Gedächtnis der Ukraine merkt sich frevelhafte Taten der Oberen nicht lange – es wären ganz einfach zu viele, um dauerhaft gespeichert zu werden. Nur so ist es möglich, dass Janukowitsch und seine Partei heute im öffentlichen Ansehen, zieht man die allgemeine Wut auf jeden Politiker ab, gut dastehen. Der *Korrespondent* schreibt in einem Kommentar: »Janukowitsch ist zu einem wählbaren Politiker geworden.«

Wie auch andere Figuren mit dunkler Vergangenheit, der Donezker Oligarch Rinat Achmetow etwa, ver-

sucht der Parteichef den Saubermann zu geben. In diesen Tagen hofft er, dass die Wahlen nicht so »schmutzig« würden wie 2005, empfiehlt seinen Konkurrenten, es mit einer höheren politischen Kultur zu versuchen, und will mit gutem Beispiel voranschreiten. Auf der Homepage seiner Partei zeigt er sich als offener und verständnisvoller Politiker, der mit einer »I hear everyone«-Aktion für sich wirbt. Als er jüngst mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Joseph Biden zusammentraf, unterstrich er seinen ganz persönlichen Wunsch nach fairen und transparenten Wahlen.

Neben Janukowitsch wird derzeit nur noch Timoschenko als aussichtsreiche Bewerberin auf das Präsidentenamt gesehen. Wie sehr sie sich beide gleichauf sehen, zeigen vielfältige Medienberichte über angebliche Arrangements zwischen den beiden. So sollen sie vereinbart haben, dass der Verlierer mit dem Amt des Ministerpräsidenten entschädigt werde. Allenfalls ihre Rhetorik lässt erkennen, dass sich politische Gegner gegenüberstehen: Sie wirft ihm und seiner Fraktion vor, Versuche zur Rettung des Landes, das in einer gefährlichen Wirtschaftskrise steckt, zu blockieren. Er wiederum beschuldigt sie, bereits auf Stimmenkauf gegangen zu sein.

Auch Juschtschenko will sich dem Volk abermals zur Wahl stellen, doch bei Umfragewerten von 3–5 % dürfte dahinter eher eine besondere Strategie stecken als der Wunsch, als Präsident bestätigt zu werden. Vielleicht hofft er, die überraschende Festnahme des früheren Polizeigenerals Oleksej Pukatsch, der als Strippenzieher des Mordes an dem Journalisten Georgij Gongadse im September 2000 gilt, mache ihn wieder populär.

Die Aufklärung dieses Verbrechens war eines seiner Wahlkampfversprechen vor fünf Jahren gewesen. Da jedoch der Fall lange Zeit kaum eine Rolle gespielt

hat, ist das Misstrauen entsprechend groß. Warum wurde der General gerade jetzt verhaftet, neun Jahre nach dem Mord? Warum sagt er, er kenne die Hintermänner, und nennt sie dann nicht, sondern steuert vor allem das Gerücht bei, diese hätten damals in hohen Regierungskreisen gearbeitet? Das plötzliche Auftauchen Pukatschs hat die Wellen lange nicht so hoch schlagen lassen, wie dies noch 2005 möglich gewesen wäre. Bereits nach wenigen Tagen war das Interesse der Öffentlichkeit abgeflaut. Im Augenblick berichten die ukrainischen Massenmedien kaum über dieses Thema, vielmehr warten die Journalisten auf die Aufklärung, die kurz bevorsteht, wie Juschtschenko im Stile eines Oberstaatsanwalts ankündigte.

Mit anderen Worten: Selbst die größtmögliche Verstrickung der Konkurrenz dürfte den Amtsinhaber nicht retten, zumal die allgegenwärtige Wirtschaftskrise kaum Platz für moralische Empörungen über Vergangenes lässt. Zu stark ist überdies der Glaube der Wähler, dass – so das viel zitierte Sprichwort – der Fisch von Kopf her stinke und das Staatsoberhaupt für alles Schlechte verantwortlich sei. Es scheint, als vertrete der Präsident eine Politik, deren Sinn sich dem Volk kaum erschließt. So setzt er die Ukrainisierung ebenso fort wie den Schlagabtausch mit Moskau. Man kann es freilich auch positiv sehen, dass da jemand nicht populistisch nach Umfragen schießt, sondern – wenn dem so ist – für seine Überzeugungen auch den Rausschmiss riskiert. Juschtschenko scheint tatsächlich auf Wünsche und Launen der Öffentlichkeit keine Rücksicht zu nehmen, ganz so, als herrsche er nur noch für die Geschichtsbücher und hoffe, seine Verdienste würden eines Tages gewürdigt.

Selbst die jährliche Parade zum Unabhängigkeitstag nutzte er nicht für ein politisches Heimspiel. Medien und Zuschauer waren so sehr empört, weil er neun Minuten länger als vorgesehen gesprochen hatte, dass von den Inhalten seiner Rede kaum etwas bekannt wurde. Allerdings: Der Präsident tritt seit Ende August verstärkt in die Öffentlichkeit und kündigt große Reformen an, zum Beispiel die des Gesundheitssystems. Angesichts der Machtverhältnisse im Parlament, die ihm keine Chance auf die Umsetzung geben, haben die anderen politischen Größen bislang aber kaum auf seine Aussagen reagiert.

Unter den zahlreichen Kandidaten, die es in den monumentalen Präsidentenpalast drängt, gibt es neben Timoschenko und Janukowitsch noch einen dritten, der sich Chancen ausrechnet: Arsenij Jazenjuk. Für ihn ist Juschtschenkos Verhalten fatal, gilt er doch als eine Art Ziehsohn des Präsidenten, der die westliche Demokra-

tie für nachahmenswert hält. Dabei war der Chef der Front der Veränderung auf der Straße lange der einzige Kandidat, von dem wahrnehmbare inhaltliche Kampfsignale ertönten. Bereits vor dem Sommer hatte er das Land mit Plakaten beschenkt. Noch im August, bei den Feiern zum Unabhängigkeitstag war er oft der einzige Kandidat, der in den Städten kleine Postillen mit seinen Positionen und anderes Informationsmaterial verteilen ließ. Im Gegensatz zu Janukowitsch erwartet Jazenjuk einen Wahlkampf, der den von 2004 in Schmutzigkeit und Aggressivität weit übertrifft. Er selbst verspricht im April, als er seine Kandidatur in einem Fernsehinterview ankündigte, eine professionelle Kampagne, bei der er auf jede Frage eine Antwort geben werde. Außerdem wolle er auf die so genannten Polittechnologien verzichten, ohne die kaum ein Wahlkampf mehr vorstellbar ist. Jazenjuk hält nach eigenen Aussagen nichts von den so genannten Spin-Doktoren, die angeblich aus jedem mittelmäßigen Politiker einen strahlenden Sieger machen können. Er nennt sie unseriös.

Sein Wahlkampf kommt auf den ersten Blick auch ohne Glitzer aus. Seine Helfer, die die Broschüren verteilen, sitzen in auffallend unauffälligen, tarnfarbenen Armeezelten. Von großen Schautafeln blickt Jazenjuk, das Konterfei in braun-grünen Tönen gehalten, seriös-optimistisch und erinnert an US-Präsident Barack Obama. In den Medien taucht er als junger prowestlicher Politiker auf.

Jazenjuk nutzt, wenn auch unregelmäßig, das angesagte soziale Netzwerk *Twitter*, um über das Internet zu kommunizieren. Fast 1800 Leser verfolgen seine Kurznachrichten. Auch Timoschenko zwitschert im Netz, hat aber nur etwa 400 so genannte Follower. Präsident Juschtschenko hat *Twitter* im Februar entdeckt und meldet sich seitdem einmal pro Woche. Der Verdacht liegt allerdings nahe, dass die Politiker ihre Mini-Post von bezahlten Beratern ausfliegen lassen. Da die Botschaften nicht länger als 140 Zeichen sein dürfen, könnte man meinen, der Verfasser müsse schnell auf den Punkt kommen. Der Präsident jedoch bietet kaum mehr als die Kernaussagen aus Texten seiner offiziellen Homepage an. Und Janukowitsch verwirrt als Twitterer eher und hat den Mircoblogdienst offenkundig bislang nicht verstanden. Im Hintergrund steht dutzendfach das Logo seiner Partei der Regionen. Gezwitscher gibt es allerdings nicht. Der Kandidat ist ein stummer Vogel. Eine große Wirkung dürfte *Twitter* im ukrainischen Wahlkampf ohnehin nicht entfalten. Nur zum Vergleich: Obama, die Leitfigur für vermeintlich moderne Wahlkampagnen, hat mehr als zwei Millionen Stammler.

Für eine entsprechende Wähleransprache im Netz müssten aber in der Ukraine erst einmal genügend Leute online sein. Nach Angaben des Providers *Bigmir* nutzten Ende 2008 gerade einmal 2,15 Millionen Ukrainer das Internet an einem normalen Arbeitstag, die meisten davon in der Hauptstadt Kiew; am Wochenende sind es weit weniger, nur 1,5 Millionen. Stellt man die etwa 37 Millionen Wahlberechtigten (2004) dagegen und bedenkt überdies, dass die Ukrainer schon im wirklichen Leben den Politikern aus dem Weg gehen, ist der Einfluss des Internets recht gering. Entsprechend wenig investieren die Kandidaten. So findet sich auf Janukowitschs Internetseite eine eigenartige Umfrage, bei der die Besucher abstimmen dürfen, wer Präsident werden sollte. Zwar erreicht Janukowitsch beeindruckende 76 %, allerdings ist die Wahlbeteiligung eher gering: Nur 29 Personen haben mitgemacht (Stand: 20. August 2009). Ein Mobilisierungswunder ist das Internet noch lange nicht.

Politische Positionen

Was ihre politischen Positionen angeht, so lassen die drei bislang relevanten Kandidaten ihre Wähler oft im Unklaren. Sie beziehen sich oft auf geopolitische Fragen oder, wie Juschtschenko Ende Juni meinte, darauf »ob die Ukraine zu Europa oder Asien gehören wird, ob die Europäische Politik obsiegt oder ob die Ukraine abermals zur Kolonie wird«. Gemeint sind natürlich die Beziehungen zu Moskau, die unter Juschtschenko – so zumindest Russlands Präsident Dmitrij Medwedew – einen Tiefpunkt erreicht haben. In einer Mitte August an Juschtschenkos Adresse gesandten Depesche schrieb er, die Spannungen zwischen beiden Ländern überträfen »das erträgliche Maß«. Moskau will wohl nach der desaströsen Unterstützung für Janukowitsch im Jahr 2004 – Wladimir Putin hatte ihm schon zum Sieg gratuliert – wissen, auf wen es setzen soll. Medwedew will die Kandidaten öffentlichkeitswirksam zwingen, ihre Haltung zu Russland deutlich zu machen.

Die größte Nähe zu Russland hat Janukowitsch und ist deshalb auch Liebling Moskaus. Auf dieser Rangliste liegt er vor Timoschenko und weit vor Jazenjuk. Doch wird sich wohl kein Kandidat Moskau abermals so treu ergeben wie Janukowitsch vor fünf Jahren, da sich allen-

falls noch in der Autonomen Republik Krim eine Mehrheit für einen Anschluss an den großen Nachbarn finden ließe. Allein die Vorliebe für die russische Sprache im Osten und Süden ist kein Ausdruck mangelnder Loyalität zur Ukraine oder Sehnsucht nach drüben. In 18 Jahren Unabhängigkeit hat sich längst so etwas wie Nationalstolz entwickelt, wenngleich der Blick immer noch oft nach Russland geht.

Aktuelle Wahlprognose

Weil das ukrainische Wahlrecht zwei Runden bei der Wahl des Staatsoberhauptes vorsieht, gibt es zwischen Janukowitsch, Timoschenko und Jazenjuk eigentümliche Rivalitäten. Legt man die Umfrageergebnisse des Rasumkow-Zentrums von Anfang August zugrunde, so käme Janukowitsch im ersten Wahlgang auf 22 % – deutlich mehr als Timoschenko mit 13 % und Jazenjuk mit 11 %. Der amtierende Präsident würde nicht mehr schaffen als in den aktuellen Umfragen: 3 %. Im zweiten Wahlgang würde ein Drittel der Ukrainer Janukowitsch wählen und nur knapp ein Viertel Timoschenko. Jazenjuk käme in der Stichwahl immerhin auf 28 % und läge damit nur knapp hinter Janukowitsch. Er würde auch, zumindest nach Aussage der Umfrage, ein Duell gegen die Ministerpräsidentin in der zweiten Runde gewinnen. Ist die Rede vom Wahlvolk, so verfügt kein Kandidat über Zustimmung im ganzen Land, vielmehr hat jeder seine Hochburgen: Janukowitsch im Süden und vor allem in den Industriezentren des Ostens, Timoschenko im Zentrum und Jazenjuk im Westen.

Fazit

Alle ernst zu nehmenden Kandidaten streben in die Mitte und lassen in ihrem Programm viel Raum für Interpretationen. Alle haben sich von ihren Beratern einmal kräftig durchwaschen und so manchen dunklen Fleck aus der Vergangenheit verschwinden lassen. Die Schmuddelkinder von einst erscheinen heute als verdächtig saubere Riesen. Hintergrund dürfte sein, dass sich die Ukraine der EU allmählich annähert und mancher Politiker hofft, eines Tages gefragt zu sein und das Aufbaugeld verteilen zu dürfen. Man könnte von einem Wandel durch Anpassung an EU-Normen sprechen.

Über die Autorinnen:

Claudia Kamke hat an der TU Chemnitz European Studies mit dem Schwerpunkt Ost(mittel)europa studiert und arbeitet derzeit als Projektassistentin am Odessaer Regionalen Institut für Verwaltung des Präsidenten der Ukraine. Dr. Kristin Wesemann arbeitet als Beraterin an der Verwaltungsakademie in Odessa. Ihre Tätigkeit wird gefördert vom CIM-Programm der deutschen Bundesregierung.

Dokumentation

Die Kandidaten zur Präsidentschaftswahl

Von Claudia Kamke und Kristin Wesemann, Odessa

Viktor Janukowitsch

Rückblende: Noch vor fünf Jahren war der gelernte Maschinenbauer Janukowitsch, 1950 in Jenakijewe (Region Donezk) geboren, eine Art Witzfigur der ukrainischen Politik. Er sei, so der Vorwurf damals, eine Marionette und tanze nach der Musik des Oligarchen Rinat Achmetow und des russischen Präsidenten Wladimir Putin – wenn er nicht gerade mit seiner Rechtschreibschwäche, einem unglaublichen Professorentitel oder absurden Aussagen seiner Frau auf sich aufmerksam mache. Die Gattin hatte während der Orangen Revolution behauptet, die Demonstranten seien durch den Genuss präparierter amerikanischer Apfelsinen ihrer Sinne betäubt worden. Die langjährige politische Arbeit hat Janukowitsch anscheinend unabhängiger von Oligarchengeld und Moskauer Direktiven gemacht. Er war sowohl vor als auch nach der Orangen Revolution zeitweise Ministerpräsident und stellt mit seiner Partei der Regionen derzeit die stärkste Fraktion im Parlament (34 %, 175 Sitze).

Westliche Berater haben ihn mit einem professionellen Team ausgestattet, das von der Frisur bis zum Mundwerk nichts dem Zufall überlässt und dafür sorgt, dass sich ihr Chef zu EU und Demokratie bekennt – zumindest solange dies opportun ist. In einem aktuellen Beitrag für die Zeitschrift *Zerkalo Nedeli* testete der Kandidat bereits seine Wahlkampfpositionen: Ja zur Vielsprachigkeit, ein verhaltenes Nein zu den bisherigen NATO-Ambitionen, maximale Eigenständigkeit für die Regionen, umschrieben als Föderalismus, harsche Kritik an der allgegenwärtigen Korruption und an den Krediten des Internationalen Währungsfonds, von denen niemand wisse, wie sie jemals zurückgezahlt werden könnten. Zwischen den Zeilen deutet Janukowitsch an, dass das Land nicht nur schlecht regiert werde, sondern auch vor dem Zusammenbruch stehe und deshalb ein neuer Präsident gebraucht werde. Die Botschaft ist nicht zu überhören: Julia Timoschenko gelinge es schon als Ministerpräsidentin nicht, etwas zu bewegen, da könne man ihr unmöglich auch noch das Präsidentenamt anvertrauen.

Julia Timoschenko

Während der Orangen Revolution war Timoschenko an der Seite von Juschtschenko zu einer der politischen Leitfiguren geworden und überdies so etwas wie das Gesicht einer neuen Politikergeneration. Dabei hatte die schöne Frau mit dem Haarkranz, der wie ein Heiligenschein anmutet und dessen Echtheit sie erst beweisen musste, schon lange vorher zum Kiewer Establishment gehört. Zunächst eroberte sie sich 1996 mit 92 % einen Sitz im Parlament, um mit der Immunität der Abgeordneten den eigenen Konzern vor Zugriffen der Staatsanwaltschaft zu schützen. Mit politischen Kontakten hatte sie, die in Armut und ohne Vater aufgewachsen war, im Chaos der neunziger Jahre vor allem im Erdgashandel ein riesiges Vermögen verdient, dem sie auch ihren Spitznamen »Gasprinzessin« verdankte.

Als Politikerin nahm sie schnell die Gestalt der Sauberfrau an, mit der es Korruption und Oligarchenherrschaft nicht geben sollte. Nachdem sie 2005 Ministerpräsidentin geworden war, versprach sie, den Verkauf von insgesamt 3000 Staatsunternehmen auf Manipulationen untersuchen zu lassen. Es blieb jedoch bei der Ankündigung.

Das Logo des Wahlblocks, der seit 2001 ihren Namen trägt, ist ein Herz. Die ideologische Basis fasst sie in einem Wort zusammen: Solidarität. Sie selbst verweist in der Diskussion um ihre Person gern auf die bis heute verehrte russische Zarin Katharina die Große. Diese hatte gemeint, Männer trügen die Krone auf dem Kopf und Frauen sie im Herzen. »Das ist der große Unterschied von Männern und Frauen in der Politik. Es ist kein Wunder, dass heute immer mehr Frauen Wahlen gewinnen. Es ist Zeit, die Politik zu reformieren, sie transparenter und liebevoller zu machen, denn sie wird immer zynischer und schmutziger. Und sauber machen, das kann eine Frau natürlich gut. Aber auch nicht jede! Nicht jede!« Dass sie lange nicht auf der Seite der Gerechtigkeit gestanden hatte, verschweigt sie. Dorthin brachte sie erst ein Gefängnisaufenthalt im Jahr 2001. Der Vorwurf: Milliarden schwerer illegaler Handel mit russischem Gas. Während der Haft wurde ihr Konzern zerschlagen. Das Gefängnis verließ sie als Märtyrerin, die der Vetternwirtschaft den Kampf ansagt. »Steh auf, Ukraine« lautete dann das Motto, das eine breite Opposition in die Orange Revolution trug. Timoschenko wurde Ministerpräsidentin an der Seite von Präsident Juschtschenko, verlor ihr Amt aber bereits wenige Monate später im September 2005. Seit Dezember 2007 hat sie es wieder inne.

Noch heute besitzt sie einiges, mit dem sie ihre weniger begabten männlichen Konkurrenten überstrahlt: starke Rhetorik, politisches Geschick und vor allem die Fähigkeit, Menschen für sich einzunehmen. So hatte ihre Partei vor der Parlamentswahl 2006 ausdrücklich auf Fernsehwerbung verzichtet und die Menschen im Land von »Angesicht zu Angesicht« getroffen. Die Strategie zahlte sich aus. Der Block Julia Timoschenko wurde mit 22 % zweitstärkste Kraft nach der Partei der Regionen. Heute, fünf Jahre nach der Orangen Revolution, steht Timoschenko vor der Herausforderung, erstmals einen Präsidentschaftswahlkampf zu führen. Sie stimmt die Wähler auf die politische Mitte ein, befürwortet den Beitritt der Ukraine zur EU ebenso wie »ausgeglichene« Beziehungen zu Russland und dem Westen. Als designierte »europäische Präsidentin der Ukraine« wird sie im Wahlkampf auf polarisierende Aussagen zur Stationierung russischer Truppen auf der Krim oder zum NATO-Beitritt verzichten.

Sie verweist auf die zweistelligen Milliardenkredite des Internationalen Währungsfonds, die sie ins Land geholt habe, sie will aus der Wirtschaftskrise gestärkt hervorgehen und zugleich den Bürgern mehr Geld zum Leben geben. Sie tritt auf als Garantin einer ukrainischen sozialen Marktwirtschaft und kümmert sich öffentlichkeitswirksam um die Bedürfnisse von Oleg-Normal-Verbraucher, dem die Krise samt Inflation und Währungsschwäche den gerade erst erworbenen Wohlstand raubt. Sie kritisiert den Amtsinhaber und ihren Konkurrenten von der Partei der Regionen, die in den vergangenen Monaten hauptsächlich die Krisenarbeit der Regierung blockiert hätten. Allerdings ist keineswegs sicher, dass sich das Land bis Januar 2010 erholen wird, wie die Ministerpräsidentin behauptet.

Dauert indes der ökonomische und soziale Niedergang an, so wird es schwer für Timoschenko, die Wähler zu überzeugen. Ihre Kampagne hat nur eine Losung: »Sie arbeitet.« Da die »anderen« wegen ihrer Unfähigkeit getadelt werden, bleiben am Ende klare Botschaften: »Sie blockieren. Sie – arbeitet.« »Sie reden. Sie – arbeitet.« »Sie verraten. Sie – arbeitet.«

Arsenij Jazenjuk

Stärkster Konkurrent Timoschenkos im orangen Lager ist der oft als neoliberal eingestufte Arsenij Jazenjuk. Erst im Mai hat er das formale Mindestalter für eine Präsidentschaftskandidatur erreicht und ist mit 35 Jahren der jüngste Kandidat im Rennen. Doch hat er bereits eine beachtliche Karriere hinter sich: Der Jurist und ehemalige Banker diente dem Land bereits kommissarisch als Zentralbankchef, als Außenminister und als Parlamentspräsident. Aus diesem Amt heraus hatte er im Januar 2008 gemeinsam mit dem Präsidenten und der Ministerpräsidentin einen Brief an die NATO verfasst und um den Beginn des offiziellen Beitrittsprozesses gebeten. Die Opposition im Parlament sah seine Kompetenzen überschritten. Im September 2008, nach den gescheiterten Koalitionsverhandlungen zwischen der Präsidentenpartei Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung und dem Block Julia Timoschenko, trat er zurück und gründete die Front der Veränderung.

Er gilt als charismatischer und ökonomisch denkender Politiker, der – glaubt man seinen Wahlplakaten – kandidiert, »um das Land zu retten«. Er sagt, er bevorzuge den direkten Kontakt zum Volk und treffe dabei zunehmend Leute, für die eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO oder der EU längst kein Albtraum mehr sei. In Anlehnung an die balancierte Außenpolitik Timoschenkos, will auch Jazenjuk einen Mittelweg zwischen dem Westen und Russland einschlagen, wobei er sich klar für einen NATO-Beitritt ausspricht und diesen nicht wie Timoschenko von einem Referendum abhängig machen will. Zugleich sind ihm gute wirtschaftliche Kontakte zu Russland wichtig. Die Menschen machten sich Sorgen um die innere Verfassung des Landes und ums eigene Überleben, meint Jazenjuk. Eine weitere Polarisierung über den Weg geopolitischer Fragen hält er darum für ungeeignet im Kampf um die Wählerstimmen.

Sein Ruf im Volk ist gut, was nicht nur stetig steigende Umfragewerte beweisen. Sollte sich die wirtschaftliche Lage des Landes vor dem Winter abermals verschlechtern, wie Jazenjuk prophezeit, könnte er Timoschenko in Umfragen bald überholen. Das ist interessant, weil beide vor allem um die Wähler im Zentrum und im Westen des Landes werben. Es ist aber nicht sicher, dass Jazenjuk sein bislang gutes Image behält. Viele meinen, seine Bewegung sei zu jung und noch zu unorganisiert. Dass vor allem Timoschenko Jazenjuk als starken Konkurrenten wahrnimmt, zeigt der plötzliche Einstieg von Sergej Ratuschnjak in das Rennen um die Präsidentschaft. Der umstrittene Ushgoroder Bürgermeister soll nach Meinung von Beobachtern Jazenjuk die Stimmen im Westen wegnehmen und vor allem Vorurteile gegen ihn schüren. So hatte Ratuschnjak den Chef der Front der Veränderung als »Juden im Dienste der Oligarchen« bezeichnet. Sogleich rätselte die mediale Öffentlichkeit einmal mehr über die Herkunft der Ministerpräsidenten-

tin. In der ersten Version – angeblich von ihren Feinden gestreut – hat sie eine jüdische Mutter und einen armenischen Vater, in der zweiten trug der Großvater den jüdischen Nachnamen Kapitelman. Die Ministerpräsidentin bestritt das eine wie das andere und sagte, ihre Mutter sei Ukrainerin, ihr Vater Lette. Beobachter fragen hingegen bereits, wie viel Timoschenko dem Bürgermeister für seine Kandidatur zahle.

Der Partei der Regionen kommt dieser Streit freilich recht. Ganz vorbildlich teilte sie mit, in ihren Reihen gebe es weder Antisemitismus noch Nationalismus, was sicherlich auch eine Frage der Definition ist. In einem hat Jazenuk auf jeden Fall Recht: Die Wahl 2010 wird Auskunft geben über den Zustand und die Reife der ukrainischen Demokratie.

Wolodimir Litwin

Auch die Volkspartei stellt mit Wolodimir Litwin einen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2010 auf. Den amtierenden Parlamentspräsidenten kennen viele noch aus den neunziger Jahren, als er sich unter Leonid Kutschma von dessen persönlichem Assistenten zu einem der einflussreichsten Politiker im Umfeld des Präsidenten hocharbeitete. Als Präsidialamtsleiter soll er 2000 aber auch in den Mord an dem Journalisten Gongadse verstrickt gewesen sein. Litwin gilt als eher westlich orientiert und ist dennoch kein Freund Juschtschenkos. Sein Ziel, »Präsident des Volkes« zu werden, will er vor allem über die elektronischen Massenmedien erreichen. Er behauptet, auf große Wahlplakate verzichten zu können, und beeindruckt mit einer modernen Internetseite seiner Partei. Der effizientere Weg dürfte es allemal sein, den direkten Wählerkontakt über das Internet und Fernsehauftritte zu suchen. Ganz unbescheiden wirbt der Kandidaten um Vertrauen mit dem Satz: »Das Land braucht Litwin.«

Seine Wahlkampfstrategie wirkt durchdacht und ehrgeizig; inhaltlich jedoch bleibt er im Allgemeinen und scheut Positionen, von einigen Stammtischgedanken einmal abgesehen. In einem Interview mit *ligabusinessinform* antwortete er auf die Frage, welche seine ersten Amtshandlungen als neuer Präsident wären, er werde zuerst »Inventur machen«, dann eine »Balance schaffen« und auf dieser Grundlage »konkrete Aufgaben beschließen«. Präzise wurde er dabei nur mit Blick auf die Korruptionsbekämpfung sowie die Verwaltung, die effektiv organisiert und verkleinert werden soll. Außenpolitisch setzt er sich für einen neutralen Status der Ukraine im internationalen Staatensystem ein und fordert die Umsetzung des Budapester Memorandums, in dem sich Deutschland, Frankreich, Russland, die USA und andere Staaten verpflichtet haben, die politische und ökonomische Sicherheit der Ukraine – als Lohn für den Verzicht auf Atomwaffen – zu garantieren.

Petro Simonenko

Die Kommunistische Partei der Ukraine stellt zum dritten Mal Petro Simonenko als Kandidaten auf. Hatte er 1999 in der Stichwahl gegen den amtierenden Präsidenten Kutschma noch 38 % erreicht und nur knapp verloren, kam er fünf Jahre später nur noch auf 5 % und war schon in der ersten Wahlrunde kaum mehr als ein Zählkandidat. Das Wahlergebnis 2010 wird nun über seine politische Karriere entscheiden, denn sollte er ähnlich schlecht oder gar noch schlechter abschneiden, dürfte ihn seine Partei in den Ruhestand versetzen. Simonenko steht daher unter Druck und hofft, als einheitlicher Präsidentschaftskandidat aller linken Kräfte überzeugen zu können. Der Erfolg dürfte auch davon abhängen, wie sehr Alexander Moros, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei der Ukraine, die Kommunisten unterstützt.

Simonenko ist einer der größten Widersacher Juschtschenkos, er sieht dessen Präsidentschaft als unrechtmäßig an und grenzt sich auch in seinen Ansichten deutlich von ihm ab. Er gilt als radikaler Gegner einer NATO-Mitgliedschaft, hat lange den Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation WTO bekämpft und sieht die Zukunft der Ukraine nicht in Europa. Stattdessen ist er einer der größten Verfechter sehr enger Beziehungen zu Moskau und spricht sich für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum der Ukraine mit Russland, Belarus und Kasachstan aus.

Weitere Kandidaten

Einer, der seine Kandidatur für das höchste Staatsamt schon länger angekündigt hatte, ist Leonid Tschernowetzky. Der Kiewer Oberbürgermeister, an dem Kritiker gern eine Geisteskrankheit diagnostizieren, hat selbst für ukrainische Verhältnisse ein einzigartiges Talent für Höchstleistungen in den Disziplinen Skandal- und Pannenproduktion. Mal

will er die Posten seiner Verwaltung versteigern und Bürger nur noch zur Sprechstunde empfangen, wenn sie 100.000 Dollar mitbringen. Dann treibt er vor Journalisten in Badehose Sport, um seine körperliche und geistige Gesundheit zu beweisen. Auch das Eintrittsgeld für den Friedhofsbesuch war seine Idee.

Anfang August hat Tschernowetzky seine Bewerbung jedoch zurückgenommen. Er sagte, weder verfüge er über eine eigene Hausmacht im Parlament noch spiele die derzeitige Politik nach seinen Regeln. Dass er das Land von Grund auf verändern wolle, hätten die Bürger noch nicht verstanden. Einige Tage später legte er nach, sagte, die Ukraine solle sich ein Beispiel an Chile unter Augusto Pinochet nehmen, und empfahl damit, das Land von einer Gruppe junger Manager umbauen zu lassen. Zwar findet Tschernowetzky es durchaus schlimm, dass der Diktator Landsleute einst hinrichten ließ, sieht aber in dessen Wirtschafts- und Sozialreformen einen Weg, den auch die Ukraine beschreiten sollte.

Für die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine kandidiert Natalija Witrenko bereits zum dritten Mal. Die Hardlinerin und Linksradikale ist aber chancenlos. Ihre Partei verpasst seit Jahren wieder und wieder den Einzug ins Parlament. Um das höchste Staatsamt will sich auch der einstige Verteidigungsminister Anatolij Hryzenko bewerben. Der Mann von der Präsidentenpartei Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung hat 2004, damals als Leiter des Rasumkow-Zentrums, den Wahlstab Juschtschenkos beratend unterstützt und verfügt somit bereits über Erfahrungen in der Wahlkampfführung. Bislang hat er sich jedoch öffentlich nicht bemerkbar machen können.

Auch eine Abtrünnige von Janukowitschs Partei der Regionen versucht ihr Glück. Inna Bohoslawska verließ die Partei im Mai und tritt nun mit ihrer bereits 2003 gegründeten Versammlung der Ukraine in den Wahlkampf.

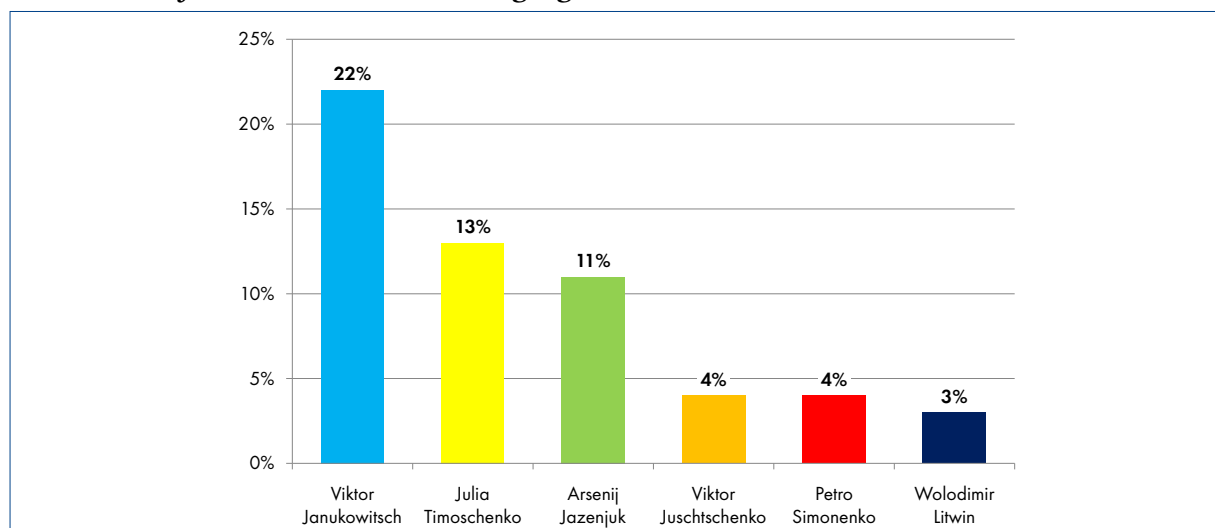
Und auch Witalij Klitschko kann es nicht lassen. Der Profiboxer und aktuelle Schwergewichtsweltmeister des Verbands WBC kandidiert für den nach ihm benannten Block. Klitschko hatte bereits im März 2006 und im März 2008 erfolglos versucht, Bürgermeister von Kiew zu werden. Er stellt im Kiewer Stadtrat aber mit seinem Block immerhin die drittgrößte Fraktion.

Umfrage

Präsidentchaftswahlen

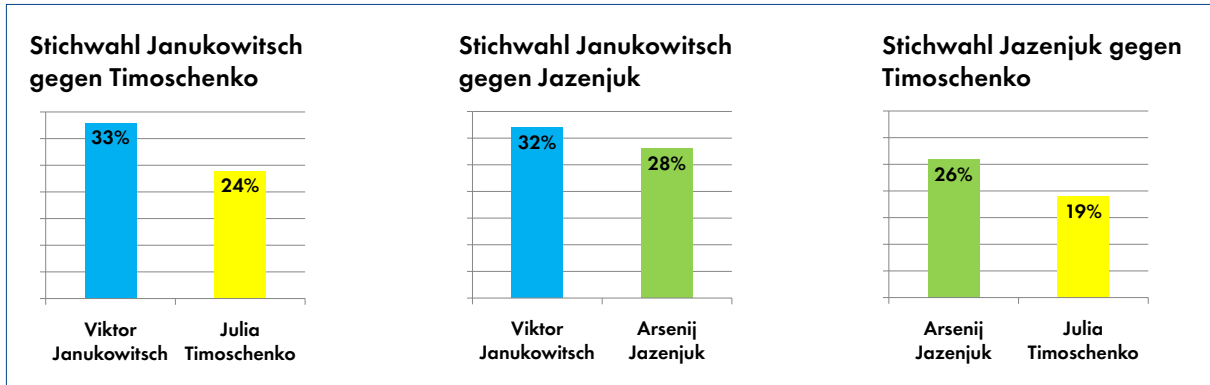
Sonntagsfrage

Grafik 1a: Juli 2009. Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Präsidentchaftswahlen wären? (1. Wahlgang)



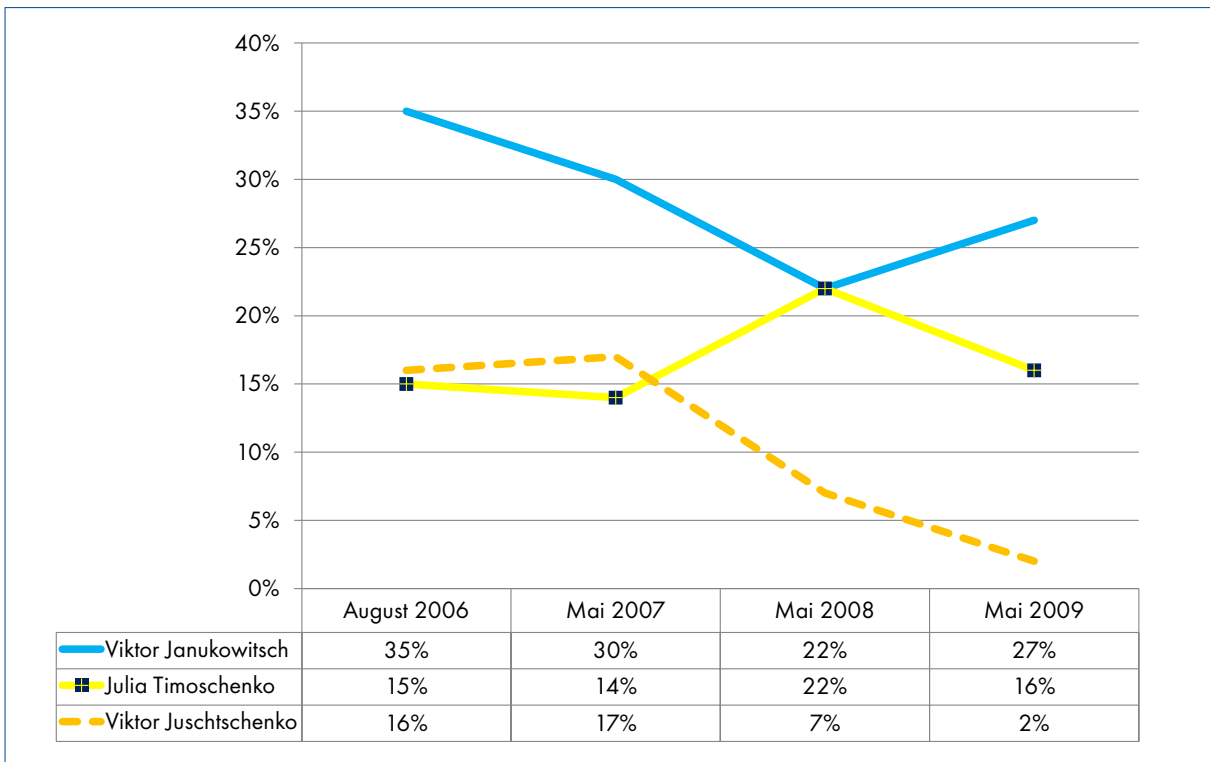
Repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums im Auftrag der ukrainischen Zeitschrift Fokus vom Juli 2009 (<http://focus.in.ua/politics/56412>)

Grafik 1b: Juli 2009. Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären? (Stichwahl)



Anmerkung: Die an 100 % fehlenden Stimmen entfallen jeweils auf die beiden Optionen »gegen alle« oder »keine Antwort«
 Repräsentative Umfrage des Rasunkow-Zentrums im Auftrag der ukrainischen Zeitschrift Fokus vom Juli 2009
 (<http://focus.in.ua/politics/56412>)

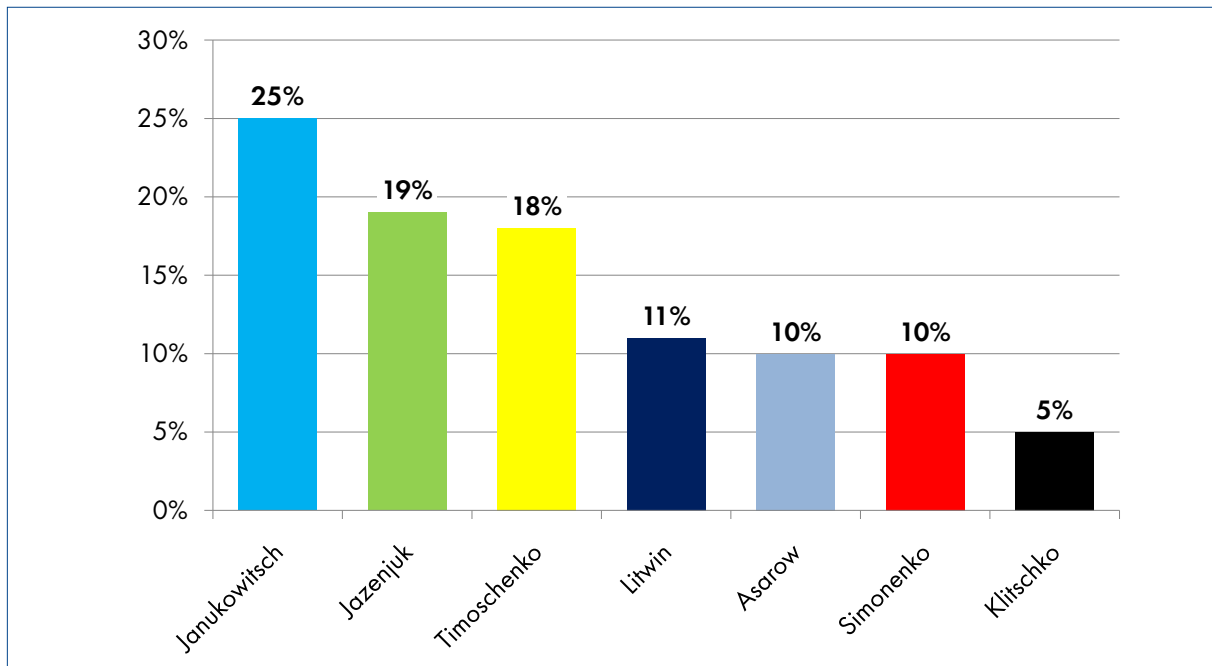
Grafik 2: Langfristige Trends 2006 bis 2009. Welchen Kandidaten würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären?



Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo

Vertrauen in die Kandidaten

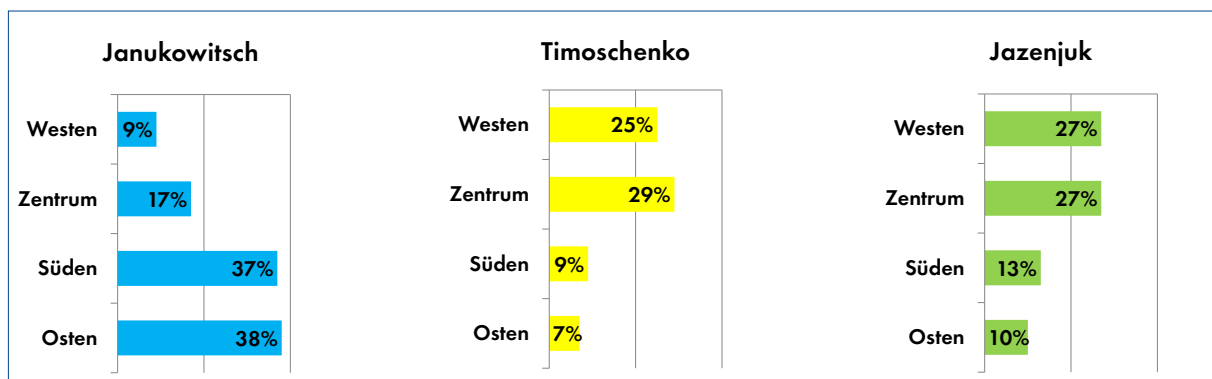
Grafik 3: Welchem der folgenden Politiker vertrauen Sie? (beliebig viele Antworten)



Anmerkung: Aufgeführt sind alle Politiker mit einem Wert von mindestens 5%.

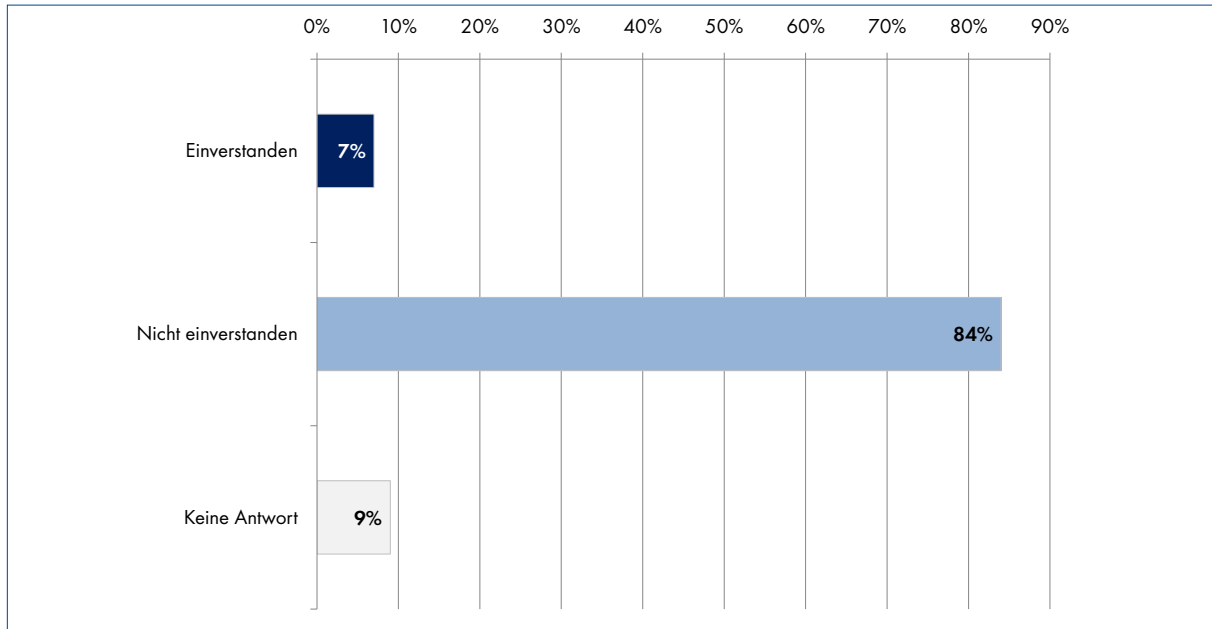
Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine, Mai 2009, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo

Grafik 4: Vertrauen in die Präsidentschaftskandidaten nach Regionen



Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine, Mai 2009, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo

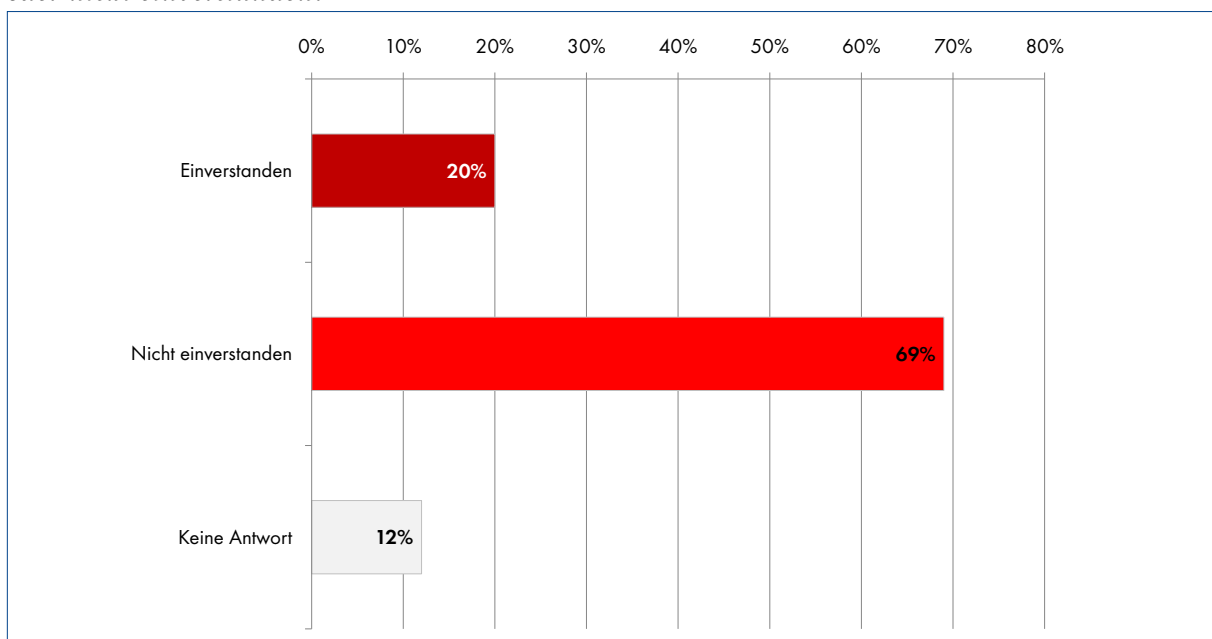
Grafik 5: Sind Sie mit der Amtsführung von Präsident Juschtschenko einverstanden oder nicht einverstanden?



Quelle: Repräsentative Umfrage von GallupPoll, Juni 2009.

<http://www.gallup.com/poll/121976/Approval-Ratings-Ukraine-Russia-Highlight-Differences.aspx?version=print>

Grafik 6: Sind Sie mit der Amtsführung von Ministerpräsidentin Timoschenko einverstanden oder nicht einverstanden?



Quelle: Repräsentative Umfrage von GallupPoll, Juni 2009.

<http://www.gallup.com/poll/121976/Approval-Ratings-Ukraine-Russia-Highlight-Differences.aspx?version=print>

Analyse

»Gezwungen zur Bruderschaft«? Zum Stand der ukrainisch–russischen Beziehungen vor den ukrainischen Präsidentschaftswahlen

Von André Härtel, Jena

Zusammenfassung

Mit einem offenen Brief des russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew an seinen ukrainischen Amtskollegen Viktor Juschtschenko vom 11. August 2009 und der ausgesetzten Entsendung eines neuen russischen Botschafters nach Kiew erreichten die ukrainisch–russischen Beziehungen nach dem Gasstreit vom Jahreswechsel 2008/09 einen neuerlichen, negativen Höhepunkt. Unter anderem lastete Medwedew Juschtschenko eine angebliche militärische Unterstützung Georgiens im letztjährigen Kaukasuskrieg, die Verletzung von Bestimmungen des Vertrages über die Stationierung der Schwarzmeerflotte und eine anti-russische Geschichtspolitik an. Bei einer Bestandsaufnahme der Beziehungen beider Länder vor den ukrainischen Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 zeigt sich: die »orange« Außenpolitik des ukrainischen Präsidenten hat ihre Ziele verfehlt und vielmehr zu einer Verringerung des außenpolitischen Spielraums Kiews geführt. Dagegen eröffnet sich Russland durch das schlechte Image Juschtschenkos und die Ernüchterung über die Ergebnisse der »Orangen Revolution« eine Chance zur Neuordnung der ukrainisch–russischen Beziehungen nach eigenen Vorstellungen.

Einleitung

In einem offenen Brief vom 11. August 2009 lastete der russische Präsident Dmitrij Medwedew seinem ukrainischen Amtskollegen Viktor Juschtschenko eine angebliche militärische Unterstützung Georgiens im letztjährigen Kaukasuskrieg, die Verletzung von Bestimmungen des Vertrages über die Stationierung der Schwarzmeerflotte und eine anti-russische Geschichtspolitik an. Der mit dem Brief des russischen Präsidenten erreichte Tiefpunkt in den ukrainisch–russischen Beziehungen setzt eine negative Entwicklung der Beziehungen fort, die seit den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 und der mit ihnen verbundenen »Orangen Revolution« begann und sich über die fast alljährlichen Auseinandersetzungen um Gaslieferungen, den Streit über die angestrebte NATO-Mitgliedschaft Kiews sowie um die in Sewastopol stationierte russische Schwarzmeerflotte und schließlich die Nachwirkungen des Konfliktes in Südossetien vom letzten Jahr erstreckt. Die Vielzahl der strittigen Themen und die rhetorische Schärfe der derzeitigen Auseinandersetzung überraschen insbesondere, wenn man sich die historische Entwicklung der Beziehung seit der ukrainischen Unabhängigkeit verdeutlicht.

So war es den Vorgängern Viktor Juschtschenkos im Amt des ukrainischen Präsidenten, Leonid Krawtschuk und Leonid Kutschma, und dabei insbesondere letzterem gelungen, das Verhältnis der ehemaligen Sowjetrepublik zu Moskau zu normalisieren und mit dem Freundschaftsvertrag von 1997 auf eine vertragliche Grundlage zu stellen. Dem pragmatisch-realistischen Außenpolitik-Ansatz Kutschmas, oft auch als »Mul-

tivektoralismus« bezeichnet, verdankte die Ukraine nicht nur die Anerkennung ihrer Staatlichkeit, sondern auch günstige Energiepreise sowie einen für den jungen Staat entscheidenden außenpolitischen Handlungsspielraum.

Allerdings profitierte Kutschmas Russland-Politik auch wesentlich von der bis Ende der 1990er Jahre anhaltenden ökonomischen und politischen Krise Russlands – eine Situation, die sich mit dem Amtsantritt Wladimir Putins zur Jahrtausendwende und der wirtschaftlichen Erholung des Nachbarlandes entscheidend veränderte. Zur Zeit der ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2004 hatte sich die Asymmetrie in den Beziehungen beider Länder noch einmal deutlich zugunsten Russlands verschoben. Vor diesem Hintergrund kam dem außenpolitischen Kurs des neuen ukrainischen Präsidenten entscheidende Bedeutung zu – wieviel des im Laufe der 1990er Jahre gegenüber dem ehemaligen Imperium gewonnenen Handlungsspielraums konnte man bewahren?

Versagen der »orangen« Außenpolitik

Dass Viktor Juschtschenko nach den Ereignissen des Spätherbst 2004 nicht die uneingeschränkte Sympathie der russischen Führung genießen würde, musste jedem klar sein, der die außenpolitischen Äußerungen des neuen Präsidenten und seiner Vertreter kurz nach dessen Wahl zur Kenntnis nahm – während die ukrainisch–russischen Beziehungen sich der euroatlantischen Orientierung der Ukraine von nun an unterordnen sollten, würde es eine »Mehrgleisigkeit« der Außenpolitik

wie unter Leonid Kutschma nicht mehr geben. Die »euroatlantische Integration«, welche unter Kutschma ein innenpolitisch folgenloses Narrativ geblieben war, wurde unmittelbar nach der »Orangen Revolution« zum Leitmotiv der neuen ukrainischen Führung – das offene Bekenntnis zu EU- und NATO-Integration sollte endlich mit der notwendigen innenpolitischen Reformpolitik und Europäisierung des Landes einhergehen.

Mehr als vier Jahre nach dem Amtsantritt Juschtschenkos hat diese Politik, sieht man einmal vom Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation (WTO) ab, nur wenige Früchte getragen. In den Beziehungen zur EU ist das von Kiew gebetsmühlenartig geforderte politische Signal aus Brüssel bisher ausgeblieben, während sich angesichts aktueller Probleme wie bei Visaregulation und Freihandelsabkommen zunehmend Ernüchterung auf beiden Seiten breit macht. Noch verfahrenere erscheint die Entwicklung der Ukraine–NATO Beziehungen seitdem Kiew im letzten Jahr der MAP-Status verweigert wurde und das Thema derzeit nur noch in Form einer Negativkampagne (»NATO ni!«) der ukrainischen Opposition existiert.

Ohne allerdings die Konsequenzen aus dieser sich spätestens seit 2006 abzeichnenden Entwicklung zu ziehen und seinen eingeleiteten außenpolitischen Ansatz zu korrigieren, schärfte Juschtschenko seitdem noch einmal sein anti-russisches Profil. Mit seiner in den letzten Jahren immer deutlicher hervortretenden nationalistischen Rhetorik und der gezielten Förderung einer anti-russischen, nationalen Geschichtspolitik (*Holodomor*-Problematik, *Mazepa*-Kult) schloss der ukrainische Präsident eine Annäherung an Russland unter seiner Regentschaft nun völlig aus. Die klare Abkehr Juschtschenkos vom pragmatisch-realistischen Paradigma der ukrainischen Außenpolitik unter Leonid Kutschma und der Übergang zu einer ideen- und normengeleiteten »oran-gen Außenpolitik« barg ein hohes Risiko. Nach dem Scheitern der westlichen Integrationspolitik bleibt der ukrainischen Führung keine außenpolitische Option – eine Tatsache, die den Handlungsspielraum Russlands nun wesentlich erhöht.

Moskaus Kalkül

Die offene Art und Weise der aktuellen Auseinandersetzung, und vor allem die personelle Zuspitzung der im Medwedew-Brief enthaltenen Anschuldigungen auf den ukrainischen Präsidenten belegen, dass die russische Führung aus früheren Fehlern gelernt hat. Noch im Spätherbst 2004 hatte die Kreml-Führung versucht, die damaligen Präsidentschaftswahlen mit einer Reihe verdeckter Maßnahmen wie der Mitfinanzierung des

Janukowitsch-Wahlkampfes oder der Entsendung russischer Polittechnologien zu beeinflussen. Diese ungeschickte Art der Einmischung in interne Angelegenheiten stellte im Endeffekt nicht nur der ukrainischen Oppositionsbewegung ein zusätzliches Argument zur Verfügung, welche Janukowitsch darauf hin wirksam als »Klienten« Moskaus darstellte. Vielmehr wurde das russische Vorgehen 2004 auch außerhalb des »oran-gen Lagers« als Angriff auf die Souveränität der Ukraine interpretiert und sorgte selbst in Russland-freundlichen Kreisen für Verstimmung.

Demgegenüber richtet sich der offene, über einen Internet-Blog des russischen Präsidenten veröffentlichte Brief direkt an den ukrainischen Präsidenten und bezieht sich ausschließlich auf die während dessen Präsidentschaft verfolgte Russland-Politik. Dennoch bleibt die Absicht Moskaus dieselbe wie 2004 – der Brief des russischen Präsidenten ist ein unmissverständliches Mittel zur Beeinflussung des bereits seit Monaten die Spielregeln der ukrainischen Innenpolitik bestimmenden ukrainischen Präsidentschaftswahlkampfes.

Allerdings gibt es auch hier einen entscheidenden Unterschied zum russischen Vorgehen während der letzten Präsidentschaftswahlen: während sich die Kreml-Führung im Jahre 2004, auch mangels Alternativen, auf Viktor Janukowitsch festlegte, vermeidet man heute eine klare personelle Positionierung und versucht den eigenen Einfluss eher über die gezielte Lancierung einer den eigenen Interessen entsprechenden Agenda geltend zu machen. So kann man die im Medwedew-Brief enthaltene Kritik auch als eine Art Handlungskorridor für die Russland-Politik des zukünftigen ukrainischen Staatsoberhauptes lesen: Anerkennung der russischen Position bezüglich eines NATO-Beitritts der Ukraine, Unterlassung einer politischen oder militärischen Unterstützung anti-russischer Staaten in der Region, Einhaltung der vertraglichen Vereinbarung über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol und eine positive Haltung bezüglich deren Verlängerung über das Jahr 2017 hinaus sowie die Einstellung des von Teilen der ukrainischen Elite betriebenen anti-russischen geschichtspolitischen Diskurses.

Neben diesem kurzfristigen, auf den ukrainischen Präsidentschaftswahlkampf ausgerichteten Kalkül muss die neuerliche Botschaft des russischen Präsidenten allerdings auch als Bestandteil einer langfristigen Kampagne der russischen Führung gesehen werden.

Konkurrenz der Transformationsmodelle

Die Existenz des ukrainischen Staates stellt, wie oben bereits dargestellt, kein prinzipielles Problem für die

Beziehungen beider Länder dar. Jedoch haben sich die Transformationspfade beider Staaten nach einer ungefähr bis zum Ende der 1990er Jahre relativ parallelen Entwicklung in den letzten Jahren deutlich getrennt. Während sich in Russland seit Wladimir Putin ein politisch wie ökonomisch stabiles, aber von stark autoritären Zügen geprägtes System der »souveränen Demokratie« durchgesetzt hat, steht die Ukraine nach der »Orangen Revolution« für einen einerseits schwachen und von strukturellen Schief lagen gekennzeichneten Staat, andererseits aber auch für eine relativ pluralistische politische Elite, freie Wahlen und politisch unabhängige Medien.

Unter Viktor Juschtschenko wurde die innere Demokratisierung des Landes zudem zielgerichtet auch zur außenpolitischen Leitidee – ein Ring demokratischer Staaten sollte die eigenen Bemühungen um EU- und NATO-Integration beschleunigen. Die Kreml-Führung ist sich der Tatsache bewusst, dass ein langfristiger Erfolg des ukrainischen Modells die Legitimität des eigenen Systems in Frage stellen und vor allem in den übrigen GUS-Staaten nachhaltige, gegen Moskauer Interessen gerichtete politische Veränderungen nach sich ziehen könnte.

Die derzeitige, von der Konfrontation politischer Institutionen und einer tiefen ökonomischen Krise gekennzeichnete Lage der Ukraine stellt daher für Russland eine Art Einfallstor dar, durch welches die behauptete Überlegenheit des eigenen Transformationsmodells und das Scheitern des »orangen« Systems unter Beweis gestellt werden können. Die größte Gefahr droht der Ukraine von russischer Seite also nicht durch eine von Moskau fingierte Zuspitzung der Lage auf der Krim oder gar durch eine militärische Intervention wie in Südossetien, sondern durch eine nachhaltige Kampagne der Desavouierung des ukrainischen Transformationsmodells. Ein Gelingen dieser, sich im verbalen Angriff auf den ukrainischen Präsidenten widerspiegelnden Strategie könnte eine entscheidende Schwächung der demokratischen Konsolidierungsbemühungen nicht nur in Kiew zur Folge haben.

Soziologisches Fundament der Kreml-Politik

Eine aggressivere Ukraine-Politik Moskaus scheint zudem sowohl in Russland, als auch in der Ukraine auf einem soliden soziologischen Fundament zu fußen. So gaben laut einer kürzlich durchgeführten Umfrage 47 % der befragten Russen an, ein »schlechtes« bzw. »sehr schlechtes« Bild der Ukraine zu haben. Auf der anderen Seite gaben ca. 70 % der in einer Umfrage vom

August 2009 befragten Ukrainer an, Russland »positiv« bzw. »sehr positiv« gegenüberzustehen. Darüber hinaus erfreuen sich auch führende russische Politiker offenbar einer hohen Wertschätzung in der Ukraine – so erhält Präsident Dmitrij Medwedew bei ca. 45 % und Premierminister Wladimir Putin sogar bei über 50 % der befragten Ukrainer eine positive Einschätzung.

Dieses sich in den Umfragen spiegelnde Missverhältnis zwischen dem Ukraine-Bild der Russen und dem Russland-Bild der Ukrainer eröffnet der russischen Führung einen im Vergleich zur Situation während und unmittelbar nach der »Orangen Revolution« deutlich höheren Handlungsspielraum. Einerseits lässt sich die russische Bevölkerung mit dem Thema »Ukraine« leicht mobilisieren, wobei eine Politik der Stärke hier überdurchschnittlich honoriert wird und von innenpolitischen Problemlagen wie den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise oder der kriegsähnlichen Situation im Nordkaukasus ablenkt. Andererseits halten sich die Gefahren dieser Politik – anders als 2004 – in Grenzen. Zwar stellen die Ukrainer die Unabhängigkeit ihres Landes nicht in Frage und lehnen eine Vereinigung mit Russland mehrheitlich ab, allerdings hat sich die prowestliche und mit einer Abkühlung gegenüber Russland verbundene Euphorie der »Orangen Revolution« deutlich abgeschwächt. Die aus der Sicht vieler Ukrainer enttäuschende Antwort insbesondere der EU auf die eigenen Integrationsbestrebungen hat vielmehr dafür gesorgt, dass sich wieder eine Einsicht in die schiere Notwendigkeit guter Beziehungen zu Russland durchsetzt.

Fazit – Rückkehr zum Multivektoralismus?

Die Zukunft der ukrainischen Außenpolitik wird ohne Viktor Juschtschenko stattfinden. Dem neuen Präsidenten steht auf außenpolitischem Gebiet allerdings eine seiner schwersten Prüfungen bevor – unter den gegenwärtigen Vorzeichen muss er (oder sie) sowohl die Beziehungen zu den westlichen Partnern, als auch zu Russland auf eine neue Grundlage stellen. Entscheidend wird dabei die Frage sein, inwieweit man Russland entgegenkommen und das schwer beschädigte Verhältnis restaurieren und gleichzeitig glaubwürdig an der für die innere Transformation des Landes entscheidenden Westintegrationspolitik festhalten kann.

Sowohl der Russland-freundliche Viktor Janukowitsch als auch Julia Timoschenko haben in der letzten Zeit deutlich gemacht, dass sie in den Beziehungen zu Moskau wieder auf einen pragmatischeren Kurs einschwenken und den Interessen des Nachbarn wieder mehr Gehör schenken wollen.

Insbesondere die ehemalige »orange« Revolutionärin hat in ihrer Russlandpolitik eine erstaunliche Wendung vollzogen und sich als Ministerpräsidentin insbesondere in den aktuellen Verhandlungen um Gas- und Energietransportpreise als harte, aber verlässliche Partnerin Moskaus erwiesen. Vieles deutet daher inzwischen darauf hin, dass der Kreml mit ihrer Wahl zur Präsidentin leben könnte – während ihr 2005 in Moskau noch ein Strafverfahren drohte.

Viktor Janukowitsch hat darüber hinaus bereits angekündigt, die Beziehungen zu Russland wieder auf eine freundschaftliche Basis stellen zu wollen und kann sich dabei gar eine vorzeitige Verlängerung der Statio-

nierungsrechte für die russische Flotte in Sewastopol vorstellen.

Trotz dieses sich andeutenden Wandels in der Russlandpolitik Kiews wird es eine Rückkehr zum Multivektoralismus der Kutschma-Zeit wohl kaum geben. Hierzu hat die innere Transformation des Landes – trotz der nachlassenden Euphorie – seit der »Orangen Revolution« zu große Fortschritte gemacht. Mittelfristig muss es einer neuen ukrainischen Außenpolitik vor allem darum gehen, gerade um den Bestand des eigenen Transformationsmodells willen wieder an außenpolitischem Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu gewinnen.

Über den Autor:

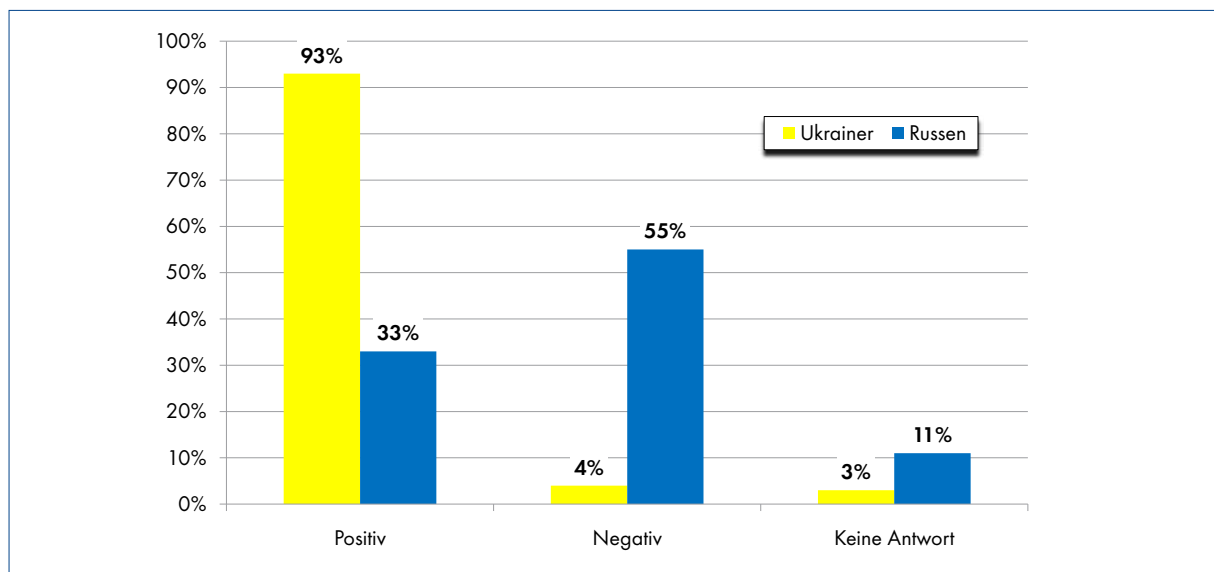
André Härtel, M.A. ist Doktorand an der Universität Jena und Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er promoviert zur ukrainischen Außenpolitik.

Umfrage

Die bilateralen Beziehungen aus Sicht der ukrainischen und russischen Bevölkerung

Die gegenseitige Wahrnehmung

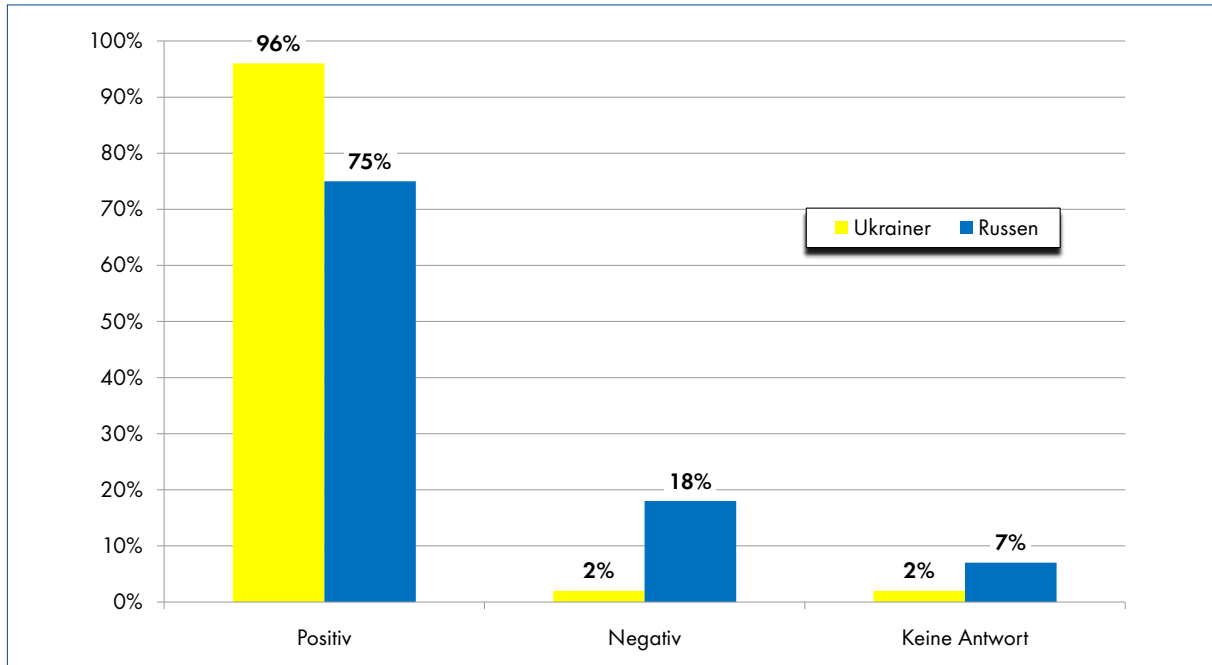
Grafik 1: Wie stehen Sie dem jeweils anderen Land gegenüber?



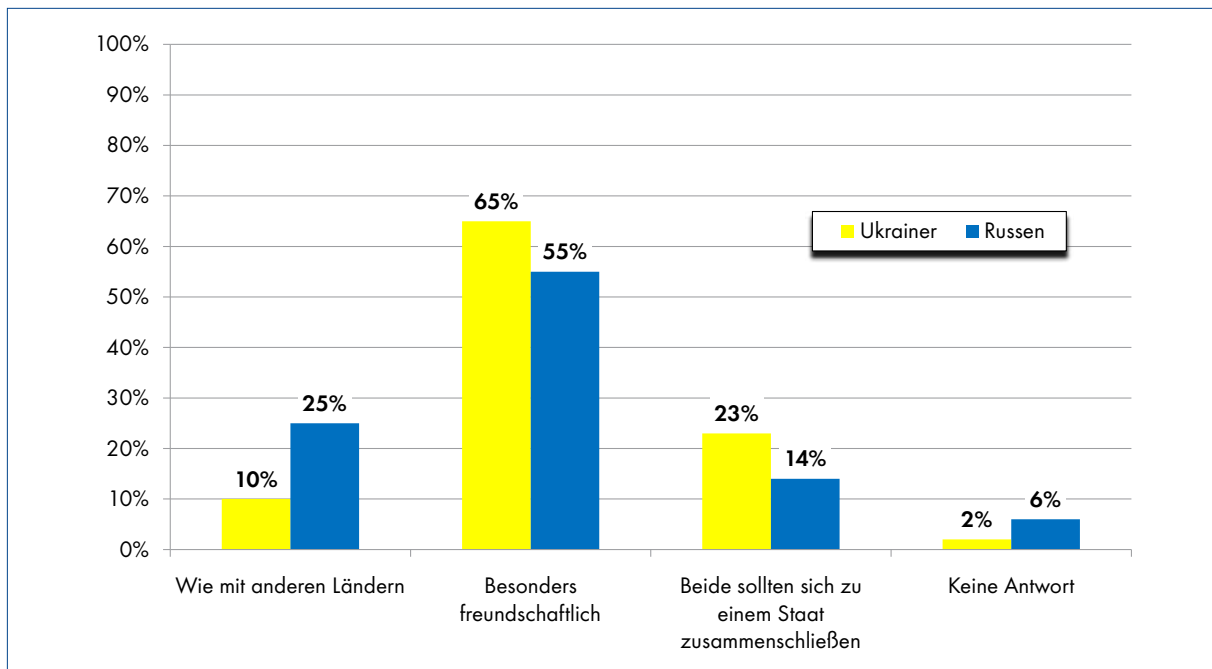
Anmerkung: Bei den Umfragen des FOM-Ukraine ergibt sich im gleichen Befragungszeitraum eine leicht negativere Einschätzung Russlands. Die entsprechende Umfrage findet sich unter Grafik 4.

Quelle: Gemeinsame repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) und des russischen Lewada-Zentrums vom Mai/Juni 2009, www.levada.ru./press/2009062305.html

Grafik 2: Wie stehen Sie der Bevölkerung des jeweils anderen Landes gegenüber?



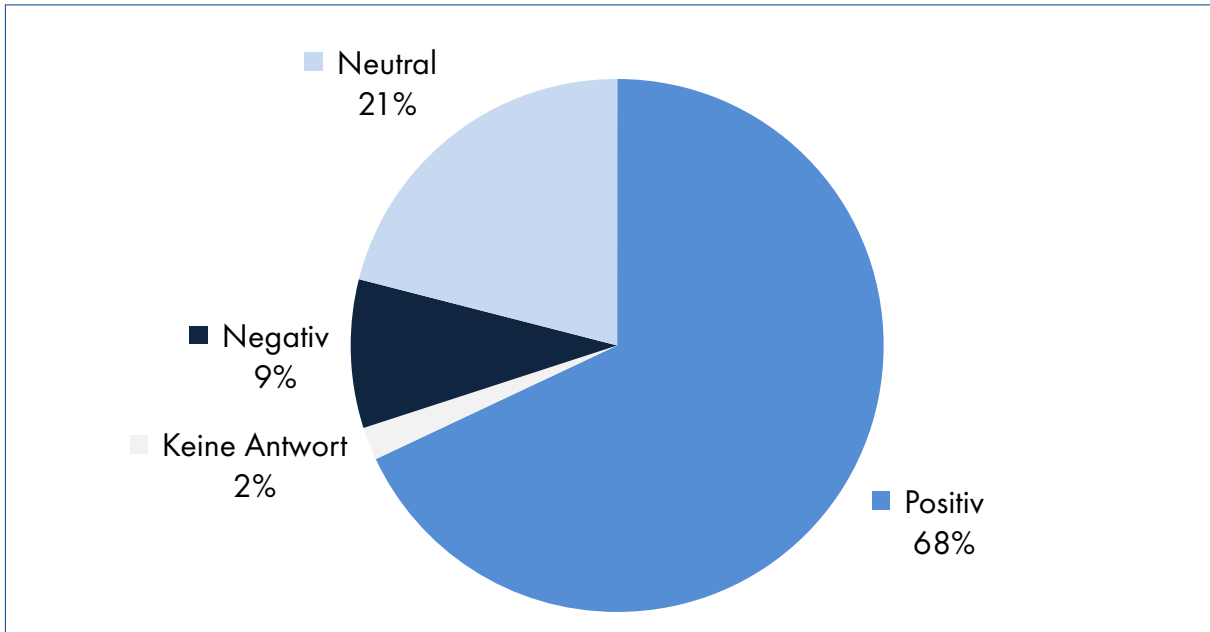
Grafik 3: Wie sollten Ihrer Meinung nach die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine aussehen?



Anmerkung: Die Umfrage des FOM-Ukraine legt, auch wenn die Fragestellung eine andere ist, eine gegenüber Russland deutlich skeptischere Haltung der Ukrainer nahe, da sich nur 40 % für eine vorrangige Annäherung an Russland aussprechen. Siehe Grafik 8. Quelle: Gemeinsame repräsentative Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) und des russischen Lewada-Zentrums vom Mai/Juni 2009, www.levada.ru./press/2009062305.html

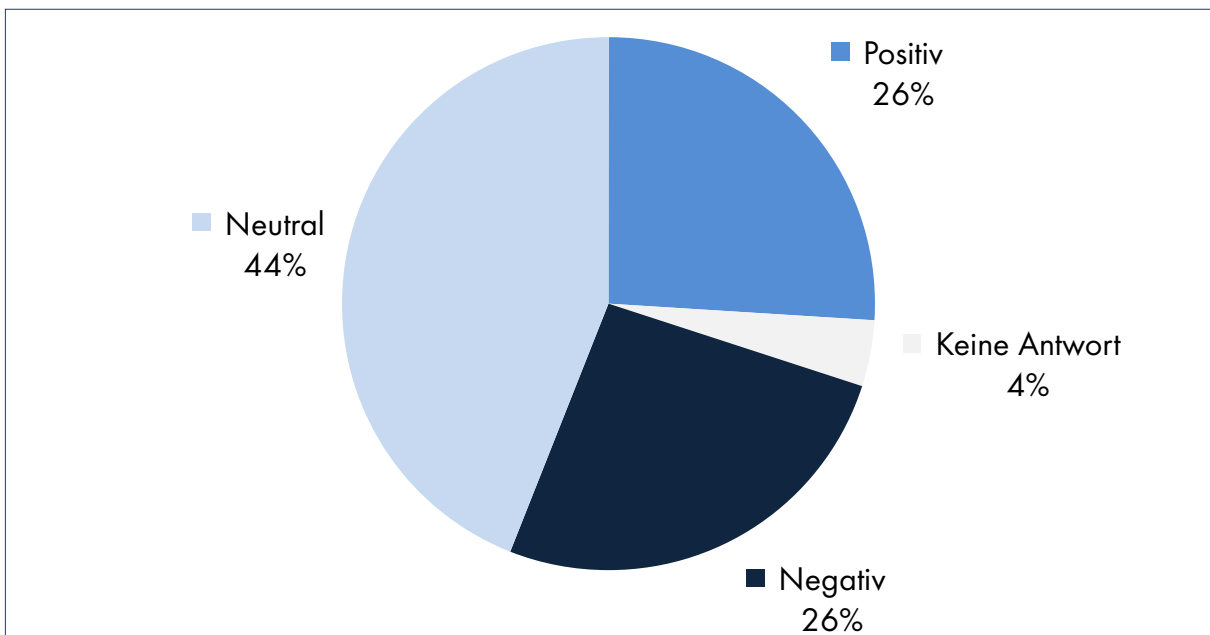
Die Haltung der ukrainischen Bevölkerung zu Russland im Detail

Grafik 4: Haltung zu Russland



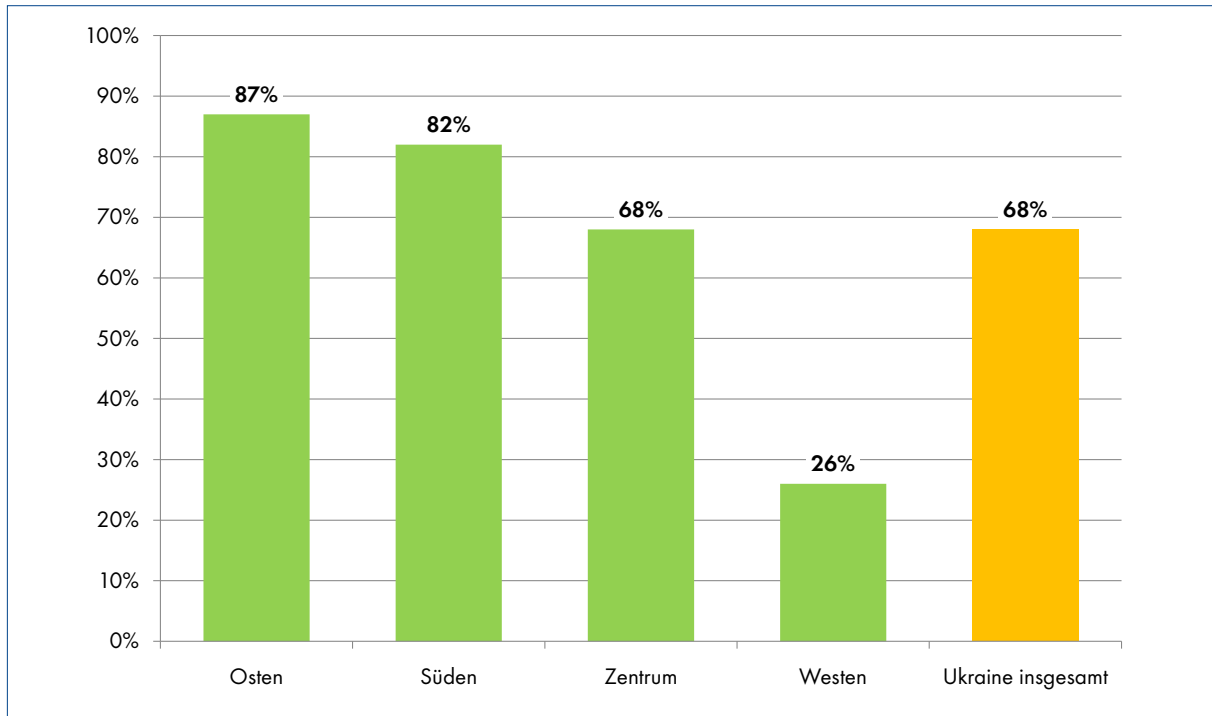
Anmerkung: Im Gegensatz zur in Grafik 1 wiedergegebenen Umfrage des KMIS, die nur eine positive oder negative Einschätzung zulässt, gibt das FOM-Ukraine in seinen Umfragen auch die Möglichkeit einer neutralen Einschätzung. Dies reduziert die Zahl der positiven und negativen Antworten, da eine Festlegung nicht erzwungen wird. Trotzdem liegt die explizit negative Haltung zu Russland mit 9 % beim FOM-Ukraine über dem ebenfalls im Mai 2009 erhobenen Wert des KMIS von nur 4 %.

Grafik 5: Haltung zu Russland in der Westukraine

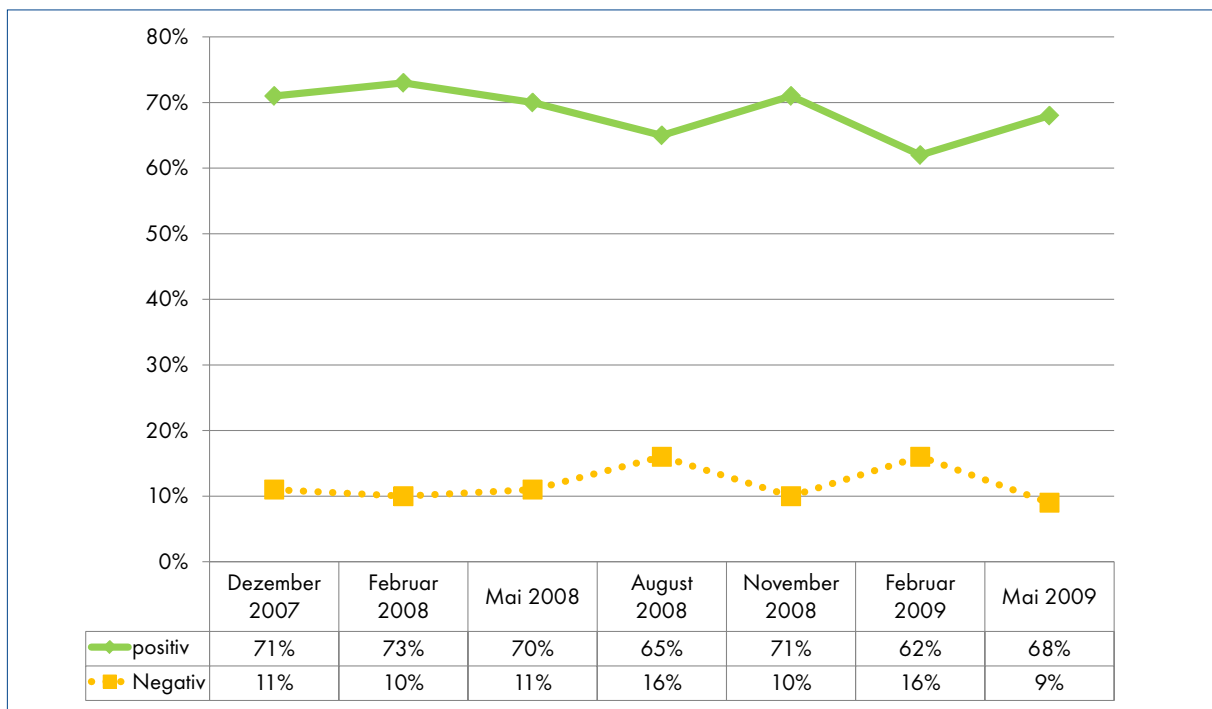


Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine vom Mai 2009, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo/

Grafik 6: Verteilung der positiven Haltung zu Russland nach Regionen



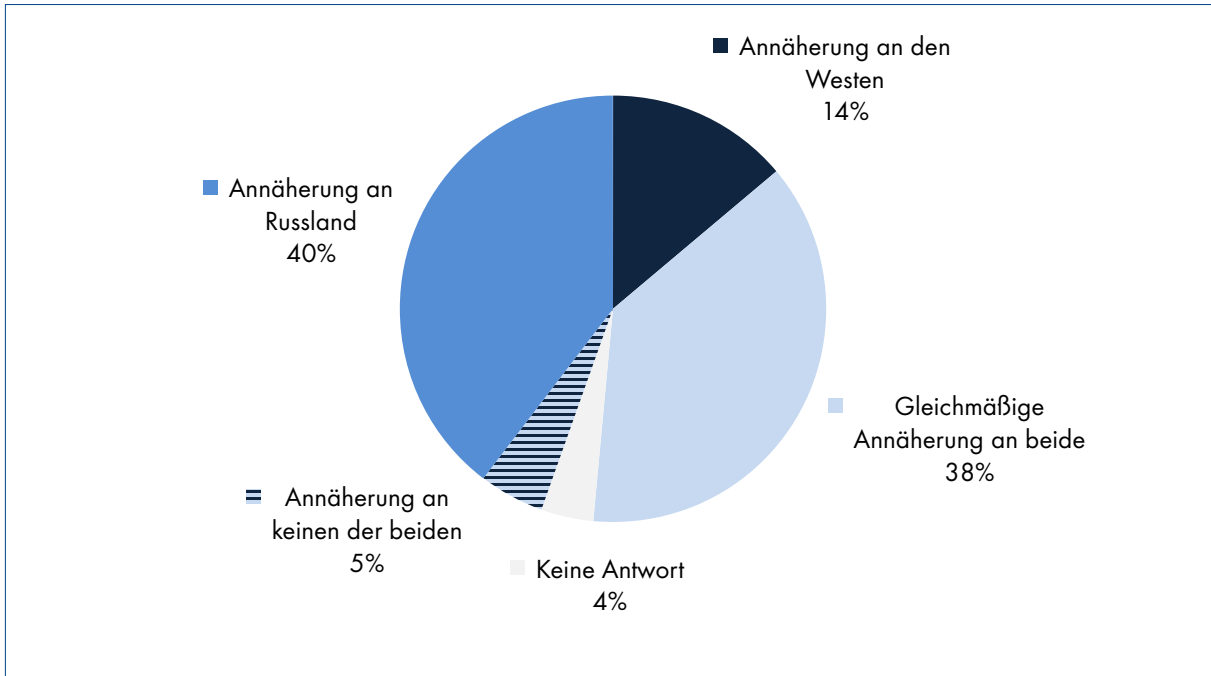
Grafik 7: Entwicklung der Haltung zu Russland seit 2007



Anmerkung: An 100 % fehlende Stimmen entfallen auf die beiden Optionen »neutrale Haltung« und »keine Antwort«.

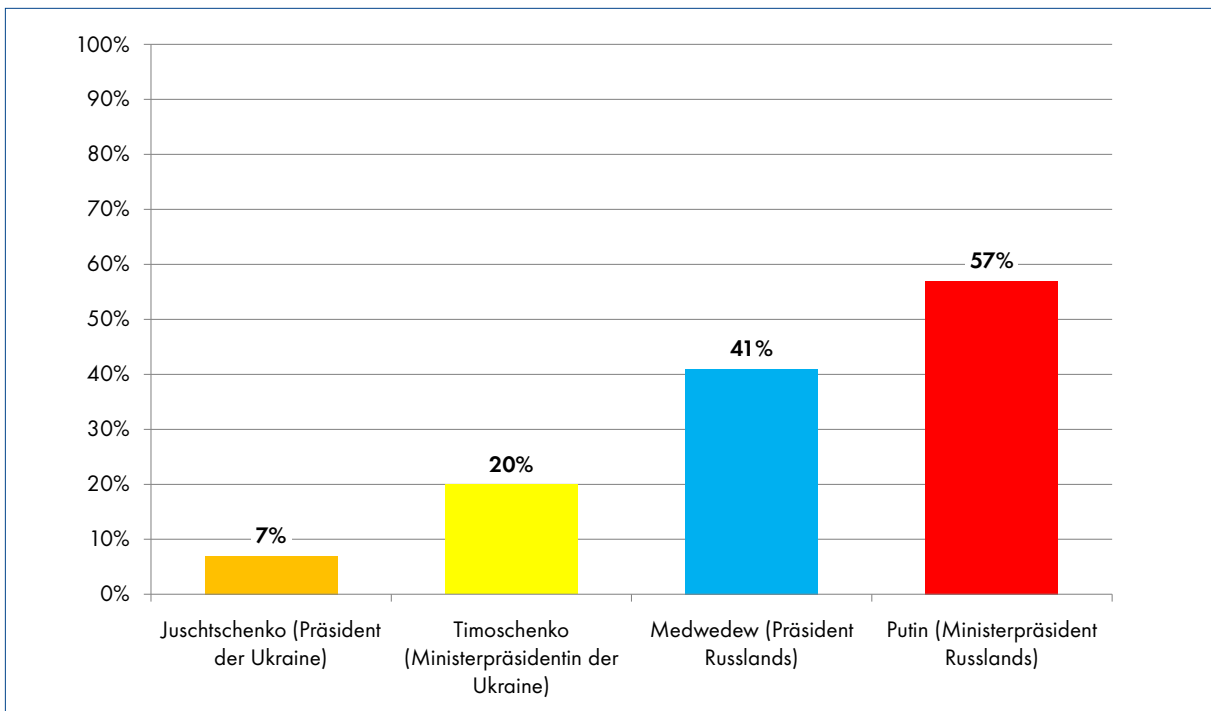
Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine vom Mai 2009, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo/

Grafik 8: Welche außenpolitische Orientierung der Ukraine würden Sie vorziehen?



Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine vom Mai 2009, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo/

Grafik 9: Zustimmung der Ukrainer zur eigenen und zur russischen politischen Führung



Quellen: Für Juschtschenko und Timoschenko: Umfrage von GallupPoll, Juni 2009; für Medwedew: Umfrage des FOM-Ukraine, Mai 2009; für Putin: Umfrage des KMIS, März 2009.

Chronik
Vom 23. Juni bis zum 8. September 2009

23.6.2009	Das Parlament stimmt der Entlassung des Ministers für Transport und Kommunikation Josip Winskij zu, der aufgrund des Vorwurfs der Veruntreuung kurz zuvor seinen Rücktritt eingereicht hatte. Dem Parlament liegen sechs weitere Anträge auf Entlassung verschiedener Minister vor.
25.6.2009	Der Sonderbeauftragte des Präsidenten für Energiefragen Bogdan Sokolowskij erklärt, dass dem staatlichen Gasversorger Naftohaz Ukrainy 120 Mio. US-Dollar für das im Juni importierte Gas aus Russland fehlen. Vertreter von Naftohaz schlagen Gazprom in Moskau abermals eine Änderung der Verträge vom Januar 2009 vor.
26.6.2009	Abgeordnete der Partei der Regionen besetzen die Rednertribüne im Parlament und fordern die Anhebung der Sozialleistungen und des Mindestlohnes.
27.6.2009	Auf dem Parteitag der Volksunion Unsere Ukraine wird die Streichung des Zusatzes Volksunion aus dem Namen beschlossen und die vier Parlamentsabgeordneten der Partei werden aufgefordert, aus der Koalition auszutreten.
29.6.2009	In Brüssel beraten Vertreter der EU, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, von Gazprom und Naftohaz Ukrainy über einen Überbrückungskredit für die Ukraine zur Absicherung der russischen Erdgaslieferungen an die EU. Die Gespräche enden ohne konkretes Ergebnis.
29.6.2009	Unsere Ukraine fordert Ministerpräsidentin Julia Timoschenko in einer Resolution auf, von ihren Vorbereitungen auf die Präsidentschaftskandidatur abzusehen und sich ganz der Wirtschaftskrise zu widmen oder ihr Amt niederzulegen.
1.7.2009	Abgeordnete der Partei der Regionen besetzen die Rednertribüne des Parlaments und fordern, die Anhebung der Sozialleistungen ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Zwei Tage später wiederholen sie in gleicher Weise ihr Anliegen und Ministerpräsidentin Julia Timoschenko wirft der Partei vor, damit einen Beschluss zur Aufhebung der Abgeordnetenimmunität verhindern zu wollen. In der Folgewoche wirft sie der Partei »Finanz-Terrorismus« vor, weil ihre Forderungen die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechtern würden.
3.7.2009	Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine erklärt, dass es im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf die Fußball-EM 2012 zu umfangreicher Veruntreuung gekommen sei.
4.7.2009	Der ukrainische Geheimdienst gibt auf Anweisung der Generalstaatsanwaltschaft die Fahndung nach dem Abgeordneten des Blocks Timoschenko Viktor Losinskij bekannt. Am 16.6.2009 war es im Rayon Golowanewsk zu einem Zwischenfall mit Schusswaffeneinsatz gekommen, an dem Losinskij beteiligt war. Der ortsansässige Walerij Olijnik kam dabei ums Leben. Am 3.7.2009 entzog das Parlament Losinskij bereits den Abgeordnetenstatus.
8.7.2009	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko wirft Präsident Viktor Juschtschenko vor, die Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds zu bremsen. Sie hofft auf die Zusage eines Kredites in Höhe von 3,2 Mrd. US-Dollar.
9.7.2009	Das Kiewer Bezirksverwaltungsgericht verpflichtet Präsident Viktor Juschtschenko, ein Referendum zum Nato-Beitritt durchzuführen, da alle nötigen Voraussetzungen erfüllt seien. Geklagt hatte der ehemalige Leiter der Präsidialverwaltung Viktor Medwedtschuk. Am Vortag legte Juschtschenko ein Veto gegen das Anfang Juni vom Parlament verabschiedete Gesetz »Über das allukrainische Referendum« ein.
10.7.2009	Der Internationale Währungsfonds ändert die Kreditbedingungen für die Ukraine: Das maximale Haushaltsdefizit wird von 4 auf 6 % erhöht. Für das Jahr 2009 sagt die IWF-Kommission einen Rückgang des BIP um 14 % voraus.
14.7.2009	Jurij Jechanurow, der ehemalige ukrainische Verteidigungsminister, wird von Präsident Viktor Juschtschenko zum stellvertretenden Leiter des Sekretariats des Präsidenten ernannt.
16.7.2009	Parlamentspräsident Wladimir Litwin schließt die 4. Sitzungsperiode des Parlaments und kündigt seine Kandidatur für das Amt des Präsidenten an. Als Bedingung für außerordentliche Sitzungen nennt die Partei der Regionen die Abstimmung über die Anhebung der Sozialstandards.
17.7.2009	Europäische Banken – potenzielle Kreditgeber für Naftohaz Ukrainy – fordern die Aufhebung der Subventionen für Brennstoffe für kommunale Energieversorger und einen konkreten Zeitplan für die Umsetzung nötiger Reformen.
20.7.2009	Präsident Viktor Juschtschenko legt ein Veto gegen die Neufassung des Haushaltsgesetzes ein und leitet seine Änderungsvorschläge an das Parlament weiter. Das Parlament hatte dem Gesetz bereits am 23.6.2009 zugestimmt. Nun ruft Ministerpräsidentin Julia Timoschenko die Partei der Regionen auf, gemeinsam das Veto zu überstimmen, das sie als persönlichen Affront versteht.

21.7.2009	Nato-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer erklärt, dass weder die Ukraine noch Georgien zum jetzigen Zeitpunkt für einen Nato-Beitritt bereit seien. Am gleichen Tag sagt der amerikanische Vizepräsident Joe Biden, dass die neue US-Regierung einen Beitritt der Ukraine zur Nato unterstützen werde.
21.7.2009	Oleksij Pukatsch, ehemaliger Polizeioberst, wird im Norden der Ukraine festgenommen. Medienberichten zufolge gesteht er seine Beteiligung am Mord an dem Journalisten Georgij Gongadse und beschuldigt verschiedene Staatsbeamte, den Mord in Auftrag gegeben zu haben. Gongadse war im Jahr 2000 getötet worden und Tonbandaufnahmen zur Planung des Mordes hatten damals den »Kassetten-Skandal« ausgelöst.
23.7.2009	Vertreter der örtlichen Selbstverwaltungen rufen das Parlament auf, das von Präsident Viktor Juschtschenko eingelegte Veto gegen die Neufassung des Haushaltsgesetzes zu überstimmen.
23.7.2009	Laut Medienberichten verlangt das ukrainische Außenministerium die Ausweisung des russischen Botschaftsrates Wladimir Lyssenko, der für Fragen der Schwarzmeerflotte zuständig ist. Dies sei eine Reaktion auf wiederholte unerlaubte Waffen- und Raketentransporte durch russische Militärkolonnen auf ukrainischem Boden.
24.7.2009	Auf einer außerordentlichen Parlamentsitzung kann das Gesetz über die Präsidentschaftswahlen verabschiedet werden, das die Verkürzung des Wahlkampfes von 120 auf 90 Tage vorsieht und die Registrierungsgebühr für den Kandidaten auf 320.000 US-Dollar erhöht. Am 18.8.2009 legt Präsident Viktor Juschtschenko ein Veto gegen das Gesetz ein.
28.7.2009	Laut Medienberichten soll nach dem russischen Botschaftsrat Wladimir Lyssenko auch der Generalkonsul Russlands in Odessa Alexander Gratschew auf Vorschlag des ukrainischen Außenministeriums ausgewiesen werden. Die Aufforderung wird jedoch drei Tage später wieder aufgehoben. Russland reagiert im Gegenzug mit der Bitte um Ausweisung der ukrainischen Generalkonsulin in Sankt Petersburg Natalja Prokopowitsch, die später ebenfalls zurückgezogen wird, sowie des Botschaftsrates Igor Berjoskin, der Moskau am 10.8.2009 verlässt.
28.7.2009	Der Internationale Währungsfonds gewährt der Ukraine den dritten Teilbetrag des vereinbarten Kreditpakets in Höhe von 3,3 Mrd. US-Dollar, der erstmals auch für Gaszahlungen an Moskau verwendet werden darf.
31.7.2009	Internationale Banken bewilligen Naftohaz Ukrainy einen Kredit in Höhe von 1,7 Mrd. US-Dollar, damit das Unternehmen russisches Gas und die Modernisierung des Gastransportsystems bezahlen kann. Bis Ende des Jahres wird das Unternehmen ein Fünftel der Gesamtsumme erhalten. Im Gegenzug sollen Reformen durchgeführt werden und die Gaspreise um 20 % steigen – für die Bevölkerung im September, für die kommunalen Energieversorger im Oktober.
3.8.2009	Auch der neue Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen erklärt, dass Georgien und die Ukraine bestimmte Kriterien noch nicht erfüllen würden und die Frage nach einer Mitgliedschaft deshalb im Moment rein hypothetisch sei.
6.8.2009	Laut Medienberichten stimmt Präsident Viktor Juschtschenko mit unnötiger Verzögerung der Ernennung des ehemaligen russischen Gesundheitsministers Michail Surabow zum Botschafter in Kiew zu. Drei Tage später erklärt der russische Präsident Dmitrij Medwedew in einer Botschaft an Juschtschenko, dass er aufgrund der antirussischen Politik der Ukraine zunächst auf die Entsendung Surabows verzichte.
6.8.2009	Der Moskauer Patriarch Kirill beendet seinen zehntägigen Besuch in der Ukraine. Umstritten sind seine politischen Aussagen und die Ablehnung der Autokephalie der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, für die sich Präsident Viktor Juschtschenko einsetzt. Die Partei Swoboda fordert, den Patriarchen als unerwünschte Person des Landes zu verweisen.
6.8.2009	Mithilfe der dritten Tranche des Kredites des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 3,3 Mrd. US-Dollar kann die Ukraine Euroobligationen über 500 Mio. US-Dollar zurückzahlen.
11.8.2009	Der russische Präsident Dmitrij Medwedew wirft der Ukraine in einem offenen Brief vor, sie habe im Georgien-Krieg 2008 eine antirussische Position eingenommen und dem Gegner Waffen geliefert. Des Weiteren werde die russische Sprache aus dem öffentlichen Leben in der Ukraine verdrängt und entgegen dem Wunsch des Volkes eine Nato-Mitgliedschaft angestrebt. Zwei Tage später antwortet Präsident Viktor Juschtschenko auf die Anschuldigungen und lädt Medwedew zu bilateralen Gesprächen ein.
17.8.2009	Das Außenministerium der Ukraine übergibt dem russischen Außenministerium eine Protestnote zur Verschmutzung der Bucht von Sewastopol durch die Schwarzmeerflotte und fordert die russische Seite zu umgehenden Maßnahmen auf.
18.8.2009	Präsident Viktor Juschtschenko legt ein Veto gegen das neue Gesetz über die Präsidentschaftswahlen ein und gibt es mit Änderungsvorschlägen an das Parlament zurück. Laut der Vertreterin des Präsidenten beim Verfassungsgericht Marina Stawnijtschuk werde er sich bei einer abermaligen Überstimmung durch das Parlament an das Verfassungsgericht wenden. Drei Tage später wird das Gesetz vom Parlament mit 325 von 371 Stimmen angenommen.

19.8.2009	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko lädt Experten des Internationalen Währungsfonds zur Analyse und Bearbeitung des Haushalts für das Jahr 2010 ein. In den Augen des ehemaligen Chefs der Nationalbank Serhij Tihipko ist dies mit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Ukraine nicht vereinbar.
19.8.2009	Arsenij Jazenjuk gibt bekannt, dass aus der von ihm gegründeten Organisation Front des Wandels bis zu den Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 eine Partei gegründet werde.
19.8.2009	Der Leiter der Partei der Regionen in Ismail Alexander Samojlenko wird von einem Unbekannten angeschossen und vermutlich lebenslang Invalide bleiben.
20.8.2009	Auf dem Weltkongress der Ukrainer in Lwiw lehnt Ministerpräsidentin Julia Timoschenko die Erörterung der Frage nach einer Einführung von Russisch als zweiter Amtssprache rigoros ab. Des Weiteren ruft sie die »demokratischen« Parteien des Landes auf, sich auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu einigen.
21.8.2009	Das ukrainische Parlament überstimmt in einer Sondersitzung das von Präsident Viktor Juschtschenko am 3.8.2009 eingelegt Veto gegen das Gesetz zur Finanzierung der Fußball-EM und damit gegen die Überweisung von 875 Mio. Euro von der Nationalbank an den Staatshaushalt.
25.8.2009	Präsident Viktor Juschtschenko weist die Medien an, seinen Vorschlag zur Verfassungsänderung abzudrucken und fordert eine öffentliche Diskussion, die bis zum 1.12.2009 abgeschlossen sein soll. Der Entwurf sieht u. a. eine Erweiterung der Vollmachten des Präsidenten sowie ein Zwei-Kammer-Parlament vor.
26.8.2009	Die Vorsitzende der Progressiv-sozialistischen Partei der Ukraine Natalja Witrenko beschuldigt die Kommunistische Partei, die Bildung eines linken Blocks zu verhindern. Wenn nicht bald eine konstruktive Zusammenarbeit beginne, werde man die Partei als ein Instrument der Regierung Timoschenko ansehen, das lediglich die Bildung eines solchen Blocks abwehren solle.
30.8.2009	In Donezk wird ein 280 Mio. teures Stadion eröffnet, in dem auch Fußballspiele der EM 2012 stattfinden sollen. Es ist das erste Stadion in der Ukraine, das den Anforderungen der UEFA entspricht.
31.8.2009	Der Internationale Währungsfonds droht öffentlich mit dem Abbruch der Zusammenarbeit mit der Ukraine, wenn diese das Haushaltsdefizit nicht reduziere.
1.9.2009	Das Parlament kann sich nicht auf einen Sitzungsplan einigen. Parlamentspräsident Wladimir Litwin bezeichnet dies als verantwortungslos und schlägt die Selbstaufflösung des Parlaments vor.
1.9.2009	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko kommt in Sopot mit ihrem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zusammen und erklärt später, der jahrelange Gasstreit zwischen den beiden Ländern sei nun beigelegt. Auch werde die Ukraine nur tatsächlich verbrauchtes Gas bezahlen müssen. Zwei Tage später kündigt sie eine Erhöhung der Transitpreise für russisches Gas um 65–70 % ab 2010 an, die mit Putin abgesprochen sei.
2.9.2009	Präsident Viktor Juschtschenko spricht sich für eine Selbstaufflösung des Parlaments aus, wenn keine Mehrheit und auch keine neue Koalition gefunden werden könne.
4.9.2009	Das Parlament kann nicht mit seiner Sitzung beginnen, weil zunächst weder der Parlamentspräsident noch sein Vertreter am Arbeitsplatz erscheinen. Als dieses Problem gelöst ist, blockiert die Partei der Regionen mit ihrer Forderung nach Anhebung der Sozialstandards das Parlament. Sie erhält allein von der Kommunistischen Partei Unterstützung.
7.9.2009	Staatspräsident Viktor Juschtschenko und sein polnischer Amtskollege Lech Kaczyński unterschreiben eine Absichtserklärung zu verstärkter Zusammenarbeit im Energiebereich.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Lesehinweis

Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 7–8/2009 und OSTEUROPA 9/2009

OSTEUROPA 7–8/2009

Aus Anlass des 70. Jahrestages ist OSTEUROPA 7–8/2009 dem Hitler-Stalin-Pakt gewidmet. Neben historischen Studien enthält das Heft Analysen, welches Gewicht der Pakt und seine Folgen in den nationalen Erinnerungskulturen in Europa hat. Karikaturen von 1939 illustrieren den Band. Er hat 336 Seiten, 35 Abbildungen und kostet 22,00 Euro. Bestellungen über osteuropa@dgo-online.org. Das Heft enthält folgenden Beitrag mit Bezug zur Ukraine:

Grzegorz Hryciuk

Die Illusion der Freiheit

Belarussen und Ukrainer im September 1939

Im Osten der Polnischen Republik lebten zahlreiche Ukrainer und Weißrussen. Ihre soziale und ökonomische Lage war prekär, nach 1935 wurden ihre nationalen Rechte zunehmend eingeschränkt. Der Einmarsch der sowjetischen Armee am 17. September 1939 stieß unter vielen Ukrainern und Weißrussen auf Wohlwollen, gar Begeisterung. Es setzte eine Welle antipolnischer Vergeltungsaktionen ein. Die Hoffnungen, die sich an die »Befreier« geknüpft hatten, wurden bald enttäuscht: Auch zahlreiche Ukrainer und Weißrussen gerieten in die Fänge des NKVD.

OSTEUROPA 9/2009

OSTEUROPA 9/2009 ist erschienen. Das Heft »Marschordnung. Kontrollversuche und Kompetenzverluste« analysiert die Herrschaftsstrategien unter dem Tandem Medvedev-Putin, beleuchtet die Rolle bei der Modernisierung der Nato in der Ukraine und untersucht das Verhältnis von Religion und Gewalt. Das Inhaltsverzeichnis ist einzusehen unter <http://www.osteuropa.dgo-online.org/issues/2009> Das Heft hat 224 Seiten, kostet 10,00 Euro und ist zu bestellen unter osteuropa@dgo-online.org. Es enthält folgenden Beiträge zur Ukraine:

Inna Melnykovska, Rainer Schweickert

Europäisierungsmotor

Die NATO und die Ukraine

Die NATO ist bis heute in erster Linie ein Verteidigungsbündnis. Doch jenseits der klassischen Sicherheitspolitik hat sie weitere Potentiale. Anders als die EU hält sie die Tür für neue Mitglieder aus Osteuropa und dem Südkaukasus offen. Daher ist für Staaten wie die Ukraine der Anreiz größer, die Forderungen der NATO zu erfüllen. Das Bündnis trägt zur Entstehung demokratischer Verfahren bei, indem es die zivile Kontrolle über das Militär zur Voraussetzung für einen Beitritt macht. Und es fördert – ausgehend vom Rüstungssektor – die Marktwirtschaft. Dies zeigt sich seit der Orangen Revolution auch in der Ukraine.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de